

Die Deportationen aus Frankfurt 1941-1945

Unterrichtsmaterial zur Vor- und Nachbereitung eines Besuchs der Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle

Handreichung

Das vorliegende Unterrichtsmaterial ist als Vertiefung zu einem Besuch der Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle gedacht.

Von hier aus fanden von Oktober 1941 bis März 1945 Deportationen von als Juden Verfolgten aus Frankfurt und Umgebung statt. Zwischen Oktober 1941 und September 1942 hatte die Gestapo den Keller der Großmarkthalle jeweils vor den Deportationen für 24 Stunden angemietet. Dort, wo sonst Gemüse und Obst der Großhändler lagerten, wurde den zu Deportierenden bei laufendem Marktbetrieb in entwürdigender, gewalttätiger Prozedur ihre bürgerliche Existenz geraubt. SS-Leute, Gestapo-Beamte, städtische Fürsorgerinnen und Beamt*innen des Finanzamts nahmen ihnen ihre letzten Wertsachen, ihr letztes Geld, ihre Kennkarte, Lebensmittelkarten und ihre Wohnungsschlüssel ab. Anschließend wurden sie in die bereitstehenden Züge getrieben und in verschiedene Ghettos, Konzentrationslager, Vernichtungslager und an Erschießungsorte verschleppt. Diese Orte liegen heute in den Ländern Polen, Tschechien, Litauen, Estland und Weißrussland.

Im Zentrum des Unterrichtsmaterials stehen Beteiligte, welche die Deportationen aus Frankfurt organisiert und durchgeführt haben. Es besteht aus didaktisch aufbereiteten Informationen und Quellen und bietet die Möglichkeit, Einzelne der Personen und Personengruppen und ihre Perspektive in den Blick zu nehmen.

Das Material ist vor dem Hintergrund der aktuellen historischen Forschung zum Nationalsozialismus und Holocaust entstanden. Es ermöglicht, neue Forschungsergebnisse und damit eine veränderte Sichtweise auf den historischen Gegenstand in die schulische Vermittlung einfließen zu lassen. Die aktuelle Forschung geht davon aus, dass auf breiter gesellschaftlicher Ebene Normverschiebungen stattfanden, welche die Diskriminierung und Verfolgung von aus der „Volksgemeinschaft“ Ausgeschlossenen erst ermöglichten, und dass es dafür eine breite Zustimmung gab. Verbrechen wurden zu einem bedeutenden Teil auf lokaler Ebene initiiert und durchgeführt, mit zahlreichen, auf verschiedene Weise daran Beteiligten. Dabei gab es Wechselwirkungen zwischen lokalen Begebenheiten und der Zentrale in Berlin und eben nicht nur Direktiven von Berlin in die Peripherie.

Davon ausgehend fokussiert das Unterrichtsmaterial die konkrete Durchführung der Frankfurter Deportationen und den damit verbundenen Raub des Besitzes der Deportierten. Es nimmt die Beteiligten – von eingesetzten Gestapo-Beamten über Polizisten bis hin zu Profiteur*innen an Versteigerungen des Besitzes der Verfolgten – in den Blick. Inwiefern sie Verantwortung für das Geschehen trugen und als Täter*innen zu bezeichnen sind, ist nicht immer eindeutig zu beantworten. Dies ist auch Gegenstand der Materialien.

Des Weiteren eröffnet das Unterrichtsmaterial ein neues Themenfeld für die Schule, das in den letzten Jahren vor allem durch die Filme über Fritz Bauer in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erhalten

hat: die strafrechtliche Verfolgung der Täter*innen nach dem Krieg und die Nachkriegsperspektive von Täter*innen auf ihre Taten. Am Beispiel des Frankfurter Gestapo Beamten Heinrich Baab lässt sich die Selbststilisierung der Täter*innen zu Opfern nachvollziehen. Damit ist auch eine Grundlage geschaffen, um den Umgang mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust in den Nachkriegsjahren zu begreifen.

Die Materialien stehen als Worddokumente zur Verfügung und wurden teilweise auf zwei Anspruchsniveaus aufbereitet. So können Sie geeignetes Material für Ihre Schüler*innen zusammenstellen beziehungsweise es auch verändern.

Der Autorinnentext verwendet für die Verfolgten nicht die Bezeichnung Juden, sondern als Juden Verfolgte oder als Juden definierte Frankfurter*innen. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass auch Menschen vom nationalsozialistischen Staat als Juden verfolgt wurden, die sich selbst nicht als Juden definiert hätten.

Die Arbeitsblätter 1-10

1. Deportationen

Geographische Karte und Tabelle zu den Deportationen aus Frankfurt

Karte (**M1**) und Tabelle (**M2**) bieten einen Überblick über alle aus Frankfurt erfolgten Deportationen und ihre Zielorte.

Die **Tabelle** macht Angaben über Datum, Anzahl der verschleppten Personen, Anzahl der Überlebenden und Zielorte der einzelnen Deportationen aus Frankfurt. Die Tabelle ist zweigeteilt: In der oberen Hälfte sind die 10 Massendeportationen, bei denen der Großmarkthallenkeller genutzt worden ist, aufgelistet, in der unteren alle weiteren Deportationen aus Frankfurt. Die weiteren Arbeitsblätter beschäftigen sich ausschließlich mit den ersten 10 Massendeportationen, bei denen der Keller der Großmarkthalle genutzt wurde.

In der geographischen **Karte** sind die Deportationsorte aller Verschleppungen aus Frankfurt eingezeichnet.

Mithilfe der Karte und den Informationen aus der Tabelle kann ein Überblick über die Deportationen aus Frankfurt gewonnen werden. Zudem ist es aufgrund der hier gegebenen Informationen möglich, weiterführend zu den Zielorten und den dortigen Lebensbedingungen zu recherchieren.

Weiterführende Literatur:

Monica Kingreen: „Die Großmarkthalle und die gewaltsame Verschleppung der jüdischen Bevölkerung Frankfurts und des Regierungsbezirks Wiesbaden ab 1941 bis 1945“, in: Raphael Gross, Felix Semmelroth (Hrsg.): *Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle. Die Deportation der Juden 1941-1945*, München 2016, S. 153-190.

2. Beteiligte

Wer war an den Deportationen beteiligt?

Hier bietet der Autorinnentext einen Überblick über die an den Deportationen beteiligten Akteure.

3. Umfeld

Es geschah in aller Öffentlichkeit - Wie reagierte das Umfeld auf die Deportationen?

Die sechs Quellen verdeutlichen, dass sich die Deportationen nicht im Verborgenen abspielten.

Die Fotografien (**Q1, Q2**) zeigen, wie belebt der Platz vor der Halle bei Marktbetrieb war. In **Q2** wird zudem die Nähe zwischen Marktdirektion und Partei deutlich. Es ist nicht zu rekonstruieren, ob die Fotografien tatsächlich am Tag der Deportationen entstanden sind, aber möglich. Der Marktbetrieb an der Großmarkthalle lief parallel zu den Deportationen ungehindert weiter.

Aus den **Quellen 3-6** wird deutlich, dass die an der Großmarkthalle Arbeitenden, aber auch die Stadtbevölkerung die Verbrechen mitbekamen.

Anhand der **Quellen 4-5** lassen sich vorherrschende Moral- und Wertvorstellungen herausarbeiten: In **Quelle 4** ist die Aufschrift „Schützt die Tiere“ auf einem Schuppen zu erkennen. Es bietet sich an, die eingeforderte Behandlung von Tieren der entmenslichenden Behandlung der Verfolgten gegenüberzustellen. Aus der Art der Beschreibung lässt sich auch Alfons Paquets kritische Perspektive auf das von ihm Beobachtete entnehmen. In **Quelle 5** wird deutlich, wie sich die städtische Schulkinderspeisungsstelle um ihre Löffel sorgte, die sie den im Keller der Großmarkthalle arbeitenden Personen ausgegeben hatte und die nicht wieder zurückgegeben worden waren. Das Verbrechen, welches die Mitarbeiter*innen der Schulkinderspeisung mit ihrer Essensversorgung unterstützten und welches in dem Brief beschönigend als „Judenevakuierung“ bezeichnet wurde, kümmerte sie hingegen anscheinend nicht.

Quelle 6 bietet einen Vorgriff auf die Auseinandersetzung mit den Profiteuren der Judenverfolgung. Es zeigt, dass Teile der Stadtbevölkerung Interesse an Wohnungen hatten, welche durch die Verschleppungen frei wurden.

Anhand der **Quellen 1, 2, 3, 5, 6** lässt sich auch herausarbeiten, wie gesellschaftliche Funktionszusammenhänge unterschiedliche Handlungslogiken herausbildeten und die Folgen des eigenen Handelns möglicherweise nicht bedacht wurden.

Die **Arbeitsaufträge** zielen darauf ab, dass Schüler*innen benennen können, in welchem Umfeld die Deportationen stattfanden. Das Angebot, dazu einen Kommentar zu schreiben, zielt auf eine vertiefende Auseinandersetzung und die Möglichkeit einer Positionierung.

Informationen zu den Quellen:

Q1 Verladen von Lebensmitteln an der Großmarkthalle in Linie G („Gemüsetram“), Fotografie, Frankfurt am Main 1943, Reproduktion, Frankfurt am Main, Institut für Stadtgeschichte (S7A/1998/14.190). Entnommen aus Heike Drummer, Jutta Zwilling: *„Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt...“*. *Deportationen aus Frankfurt am Main 1941-1945*, Frankfurt 2004, S. 122.

Q2 Marktdirektor mit Parteifunktionär vor der Großmarkthalle, im Hintergrund die Linie „G“ (Gemüsetram), Fotografie, Frankfurt am Main 1943, Reproduktion, Frankfurt am Main, Institut für Stadtgeschichte (S7A/1998/14192). Entnommen aus Heike Drummer, Jutta Zwilling: *„Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt...“*. *Deportationen aus Frankfurt am Main 1941-1945*, Frankfurt 2004, S. 123.

Q3 Sekretärin an der Großmarkthalle, ohne Datum. Zitiert nach Heike Drummer, Jutta Zwilling: „*Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt...*“. *Deportationen aus Frankfurt am Main 1941-1945*, Frankfurt 2004, S. 122.

Q4 Ausschnitt aus einem Brief von Alfons Paquet an eine Freundin Hanna Meuter, Frankfurt am Main 20. Oktober 1941, Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg/Nachl. A. Paquet (II) A8III (Hanna Meuter). Zitiert nach Heike Drummer: „... bis sie dann alle gesammelt in den Keller der Markthalle kamen“. Zeugnisse, Zeuginnen und Zeugen der Deportationen aus Frankfurt am Main, in: Raphael Gross, Felix Semmelroth (Hrsg.), *Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle. Die Deportation der Juden 1941-1945*, München 2016, S. 110.

Q5 Notiz der Staatspolizeistelle, „Befehle und Nachrichten (Nur für den Dienstgebrauch)“ am 9. Juni 1942 zum „Betr.: Verpflegung bei Judenevakuierungen“ in der Großmarkthalle. Zitiert nach „Heft der Staatspolizeistelle Frankfurt (Main), Befehle und Nachrichten“ vom 9. Juni 1942, in: Raphael Gross, Felix Semmelroth (Hrsg.): *Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle. Die Deportation der Juden 1941-1945*, München 2016, S. 168.

Q6 Bürgermeister Joseph Kremmer, 2. Juli 1942. Zitiert nach Heike Drummer, Jutta Zwilling: „*Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt...*“. *Deportationen aus Frankfurt am Main 1941 bis 1945*, Frankfurt 2004, S. 113.

4. Rückblick eines Täters

Die Deportationen im Rückblick eines Täters

Das Organigramm, das der ehemalige Frankfurter Gestapo-Beamte 1966 gezeichnet hat, erscheint zunächst mit seiner vermeintlich objektiven übersichtlichen Darstellung der Vorgänge im Keller der Großmarkthalle während der Deportationen als geeignetes Dokument, um sich eine Vorstellung von dem damaligen Geschehen zu machen. Der darin enthaltene Euphemismus, der „die Schicksale von Tausenden von Menschen auf ein System von Pfeilen, Kästchen, Piktogrammen und Beschriftungen reduziert“ (Arns, Groß, 2016, S. 195) und das Interesse Heinrich Baabs, seine persönliche Verantwortung an den Verbrechen mithilfe der Zeichnung zu minimieren, macht es jedoch erforderlich, sich mit dem Ablaufplan quellenkritisch auseinanderzusetzen.

Neben den Verbrechen verharmlosenden Begriffen wie „Judenevakuierungen“ und „Verladung“, die jegliche Empathie für die Verfolgten entbehren, erweckt die von ihm verwendete Bezeichnung „Mitwirkende“ den Eindruck, als handle es sich etwa um eine Theatervorstellung. Der gesamte Plan, die Zeichnungen des mit einem Davidstern gekennzeichneten Hauses mit der Beschriftung „Anf[ang]“, die Zeichnung der 4 Menschen, der Windrose und der Lokomotive mit der Inschrift „Ende“ vermitteln zudem den verniedlichenden Eindruck eines Kinderbrettspiels. Sein Ziel, sich als unschuldig zu präsentieren, zeigt darüber hinaus auch die Tatsache, dass er Kollegen und Vorgesetzte mit Namen auf dem Plan festhält. Sein eigener Name jedoch taucht nur als Urheber der Zeichnung auf, obwohl auch er in der Großmarkthalle vor Ort tätig war.

Heinrich Baab war zwischen August 1942 und Juni 1943 Leiter des sogenannten „Judenreferats“ der Frankfurter Gestapo. Das Judenreferat organisierte alle Verfolgungsmaßnahmen gegen Juden und wirkte an den ab Oktober 1941 beginnenden Deportationen an untergeordneter Stelle mit. Heinrich

Baab hatte sich „wegen seines brutalen Verhaltens[...] zur Schlüsselfigur der verbrecherischen Handlungen der Frankfurter Gestapo aufgeschwungen“ (Arns, Groß, 2016, S. 196-7).

Nach seiner Verurteilung versuchte sich Baab von der Strafanstalt Butzbach aus über viele Jahre hinweg auf verschiedenste Art und Weise (Briefe mit Gnadengesuchen, Beiträge in Tageszeitungen, Anträge auf Wiederaufnahme des gegen ihn durchgeführten Schwurgerichtsverfahrens, Memoranden etc.) als „kleines Rädchen und weisungsgebundener Beamter“ zu rechtfertigen, der „unverschuldet in das Getriebe der Judenverfolgungsmaschinerie geraten“ sei und in „untergeordnete(r) Stellung“ nur „gewissenhaft und unbestechlich“ zum Wohle Deutschlands seine Pflicht erfüllt habe [...]“ (Arns, Groß, 2016, S. 197).

Heinrich Baab dürfte „vermutlich vielen Zeitgenossen aus der Seele gesprochen haben, die sich eben nie als Täter und Komplizen, sondern stets als Opfer gesehen haben, auch wenn sie schwerste Verbrechen begangen haben. Heinrich Baab ist damit als unmittelbarer Täter gewissermaßen der Prototyp für Formen des Fortlebens oder der eigentlichen Begründung einer ‚NS-Moral‘. Dabei wurden nicht die Verbrechen geleugnet, aber es wurde geleugnet, man hätte selbst sich unmoralisch verhalten“ (Arns, Groß, 2016, S. 204).

Zur Einordnung des Organigramms ist entscheidend, dass Baab erst in den 1960er Jahren Aussagen über die Deportationen machte. Zur Zeit seines Gerichtsverfahrens 1950 rückte er damit noch nicht heraus. Er wollte wohl Rache an seinen Vorgesetzten und Kollegen üben, die - anders als er - nicht verurteilt worden waren. Erst aufgrund von Baabs Aussagen in den 1960er Jahren wurden Verfahren gegen weitere Verantwortliche eingeleitet; zu einer Verurteilung kam es jedoch in keinem der Fälle. Überwiegend wurden die Verfahren aus „Mangel an Beweisen“ eingestellt.

Die Arbeitsaufträge zielen darauf ab, den spezifischen Blickwinkel Heinrich Baabs und sein mit der Zeichnung verbundenes Interesse herauszuarbeiten.

Die **anspruchsvollere Version** bietet im Autorentext ausführlichere Informationen über Heinrich Baab und die Arbeitsaufträge sind weniger eng geführt.

Weiterführende Literatur:

Alfons Maria Arns und Raphael Gross: „Das Organigramm des Frankfurter Gestapo-Beamten Heinrich Baab – Die Deportation der Juden aus NS-Täter-Perspektive“, in: Raphael Gross, Felix Semmelroth (Hrsg.): *Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle. Die Deportation der Juden 1941-1945*, München 2016, S. 195-209.

Volker Eichler: „Das ‚Judenreferat‘ der Frankfurter Gestapo“, In: Kingreen (Hrsg.): *„Nach der Kristallnacht“ – Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1928-1945*, Frankfurt 1999, S. 237-258.

5. Rückblick von Mitverantwortlichen

Wie schildern direkt an den Deportationen Beteiligte das Geschehen?

Die drei in diesem Abschnitt verwendeten Quellen beleuchten die Durchführung der Deportationen aus der Täterperspektive. Es sind Berichte und Aussagen, die nach dem Geschehen festgehalten

wurden. Das Interview mit einer städtischen Fürsorgerin, die 1942 im Keller der Großmarkthalle eingesetzt war, wurde 1986 – fast 40 Jahre später – geführt (**Quelle 1**). Die Aussagen von Kriminalbeamten, die ebenfalls im Keller der Großmarkthalle eingesetzt waren, wurden 1947 für einen dienstlichen Bericht zusammengetragen (**Quelle 2**). Der SA-Bericht wurde bereits am 21. Oktober 1941 verfasst, zwei Tage nach der Durchführung der 1. Massendeportation (**Quelle 3**).

Mithilfe dieser Quellen Rückschlüsse auf das damalige Geschehen zu ziehen, ist nicht unproblematisch. Die jeweiligen Situationen, in denen die Aussagen im Nachhinein (bis zu 40 Jahre später) gemacht wurden, spielen dabei eine Rolle. Was ist aus welchem Grund wie gesagt worden und was ist möglicherweise verschwiegen worden? Diese quellenanalytische Ebene zu thematisieren, ist bei der Verwendung des Materials gewinnbringend. Einige der vorgeschlagenen Arbeitsaufträge unterstützen das.

6. Strafrechtliche Verfolgung

Was geschah mit den Hauptverantwortlichen nach 1945?

Dieses Kapitel bietet einen Einblick in die Lebensverläufe von vier Frankfurter Gestapo-Beamten – darunter zwei Hauptverantwortliche – nach 1945. Gleichzeitig stehen sie exemplarisch für viele nationalsozialistische Täter*innen. Oswald Poche lebte unter falscher Identität, Ernst Grosse arbeitete für die US-amerikanische Besatzungsmacht, Ernst Holland galt als vermisst, nur Heinrich Baab wurde zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Er war der einzige, der für die Beteiligung an den Deportationen aus Frankfurt durch ein Gericht verurteilt wurde. Er kam 1950 vor Gericht, das war vergleichsweise früh und eine Phase, in der die Gerichtsurteile strenger ausfielen.

Heinrich Baab wurde unter anderem deshalb als einziger verurteilt, weil es über ihn viele Zeugenaussagen gab. Andere Verfahren wurden „aus Mangel an Beweisen“ eingestellt. Insgesamt nahm die Justiz Ermittlungen zu Verbrechen aus der NS-Zeit nur schleppend auf. Weder in der Justiz noch in der bundesdeutschen Öffentlichkeit gab es ein nachhaltiges Interesse an einer Aufklärung. Viele in der Justiz Beschäftigte waren zudem selbst nicht unbelastet.

Das Kapitel kann Ausgangspunkt sein für eine vertiefende Recherche zu den Entnazifizierungsverfahren nach dem Krieg und zum Umgang mit den nationalsozialistischen Täter*innen und Taten in der Nachkriegszeit.

Weiterführende Literatur zu den Frankfurter Gestapo-Beamten:

Monica Kingreen: „Die Großmarkthalle und die gewaltsame Verschleppung der jüdischen Bevölkerung Frankfurts und des Regierungsbezirks Wiesbaden ab 1941 bis 1945“, in: Raphael Gross, Felix Semmelroth (Hrsg.): *Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle. Die Deportation der Juden 1941-1945*, München 2016, S. 153-190.

Volker Eichler, „Das ‚Judenreferat‘ der Frankfurter Gestapo“, in: Kingreen (Hrsg.): *„Nach der Kristallnacht“ – Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1928-1945*, Frankfurt, 1999, S. 237-258.

Weiterführende Informationen zu den Entnazifizierungsverfahren (in Hessen):

<https://landesarchiv.hessen.de/archivprojekte/spruchkammerprojekt>

<http://www.digada.de/nachkriegszeit/kap2/dokumentekap2.htm#linklist>

<http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39605/entnazifizierung-und-erziehung>

7. Ausplünderung

Wer war an der Ausplünderung der als Juden Verfolgten beteiligt?

Der Text gibt einen Überblick über alle Institutionen, Einrichtungen und Organisationen, die an der Ausplünderung der als Juden Verfolgten beteiligt waren.

Die **anspruchsvollere Version** enthält einige genauere Ausführungen und erwähnt auch die Konkurrenz zwischen den Akteuren, um das enteignete Gut.

Weiterführende Literatur:

Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen: *Legalisierter Raub: Der Fiskus und die Ausplünderung der Juden in Hessen 1933-1945*, Darmstadt 2008.

Suanne Meinl, Jutta Zwilling: *Legalisierter Raub: Die Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsfinanzverwaltung in Hessen*, Frankfurt 2004.

8. Legalisierter Raub

Die Vermögenserklärung (**Q1**) und der Heimeinkaufsvertrag (**Q2**) sind Dokumente, die den zu Deportierenden nur wenige Stunden vor ihrer Verschleppung zum Ausfüllen und Unterschreiben vorgelegt wurden.

Die Verfügung über die Vermögenseinziehung von Familie Schafranek (**Q3**) wurde vom Finanzamt einen Monat nach deren Verschleppung an die Deutsche Bank geschickt.

Diese Dokumente gaben dem staatlichen Raub des Eigentums der Verfolgten einen formalen und legalen Anstrich. Daher wird heute von „legalisiertem Raub“ gesprochen. In der nationalsozialistischen Terminologie galt es als „Verwertung jüdischen Besitzes“ und war positiv konnotiert.

Weiterführende Literatur:

Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen: *Legalisierter Raub: Der Fiskus und die Ausplünderung der Juden in Hessen 1933-1945*, Darmstadt 2008.

Suanne Meinl, Jutta Zwilling: *Legalisierter Raub: Die Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsfinanzverwaltung in Hessen*, Frankfurt 2004.

Heike Drummer, Jutta Zwilling: *„Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt...“. Deportationen aus Frankfurt am Main 1941-1945*, Frankfurt 2004.

9. Profiteure I

I. Was geschah mit dem Eigentum der Verfolgten?

Das Foto und die Zeitungsanzeige (**Q1-2**) handeln von den Versteigerungen des geraubten Eigentums der Verschleppten. Die Arbeitsaufträge 1-5 dienen zunächst dazu, sich mit den Versteigerungen selbst zu beschäftigen und dann auszuloten, ob und inwiefern die Profiteure Verantwortung für die Verschleppung und Ermordung der Eigentümer trugen.

Zu Aufgabe 1: Viele Versteigerungen fanden in der Turnhalle der Klingerschule (damals Adolf Hitler Schule) statt (**Q1**). Obergerichtsvollzieher verlagerten die Versteigerungen aus ihrem Pfandlokal in der Vilbeler Str. 26 in die von ihnen angemietete Turnhalle. Sowohl Menge und Umfang des Versteigerungsgutes, wie z.B. aus **Q2** zu entnehmen ist, als auch das große Interesse an diesen Versteigerungen, machten dies notwendig. Darüber hinaus gab es zahlreiche weitere Pfandlokale und Versteigerungsorte in Frankfurt.

Zu Aufgabe 2 und 3: Die Versteigerungen aus „nichtarischem Besitz“ fanden nach den ersten drei Massendeportationen mit mehr als 3000 Menschen aus Frankfurt durch Auktionshäuser und Gerichtsvollzieher statt. Was vorher schon mit dem Besitz von emigrierten als Juden Verfolgten geschah wurde nun auf das Eigentum der gewaltsam Verschleppten ausgeweitet. Eine Reichsweite Verfahrensordnung „zur Sicherung und Verwertung von Kulturgut aus jüdischem Besitz“ wurde nun auch auf den Besitz der Deportierten ausgeweitet. Der Ersteigerung von Kunst und Wertgegenständen auch durch die Stadt Frankfurt und ihre Museen stand nun nichts mehr im Wege.

Literatur: „Wie sich Frankfurter Museen Kunst aus jüdischem Besitz aneigneten – Städte als skrupellose Profiteure der Vertreibungs- und Vernichtungspolitik des NS-Staats“ Frankfurter Rundschau vom 9. 5. 2000, Nr. 107, S. 9 entnommen aus <http://www.frankfurt1933-1945.de/>

10. Profiteure II

II. Was geschah mit dem Eigentum der Verfolgten?

In dem Schreiben an das Finanzamt Offenbach wird das Interesse an einem Klavier einer Verfolgten geäußert. Die Deportation von Frau Fulda, der Eigentümerin des begehrten Klaviers, steht noch bevor. Über das Verhältnis des*der am Klavier Interessierten und Frau Fulda kann nur spekuliert werden, fest steht jedoch, dass sie sich kannten oder der*die Interessent*in zumindest vom Besitz der zu Verschleppenden wusste.

Die Aufgabe 3 auf Arbeitsblatt 10 ist inhaltlich fast identisch mit Aufgabe 5 auf Arbeitsblatt 9. In beiden Fällen geht es um die Abwägung von Argumenten, ob bzw. inwiefern Profiteure/ Interessenten Verantwortung für die Verschleppung und Ermordung trugen. Arbeitsblatt 10 ist als Ergänzung zu Arbeitsblatt 9 gedacht. Wenn Sie Arbeitsblatt 10 verwenden, bietet es sich an die Frage 5 auf Blatt 9 Frage zunächst zurückzustellen und dann für beide Personengruppen zusammen zu diskutieren.

1. Deportationen

Datum: _____

Name: _____

(M1) Zielorte der Deportationen aus Frankfurt am Main 1941-1945



(M2) Die Deportationen aus Frankfurt am Main 1941-1945

Für diese Massendeportationen aus Frankfurt wurde der Keller der Großmarkthalle durch die Gestapo angemietet:

<i>Ort</i>	<i>Datum</i>	<i>Zahl der Verschleppten</i>	<i>Überlebende</i>
Lodz	19.10.1941	1.180	3
Minsk	11.11.1941	1.062 (davon 20 von außerhalb)	10
Kowno (Kaunas)	22.11.1941	992	0
Majdanek/Izbica	8.5.1942	938	0
Majdanek/Izbica	24.5.1942	957 (davon 27 aus Wiesbaden)	0
Majdanek/Sobibor	11.6.1942	Ca. 1.135 (davon 371 aus Wiesbaden, ca. 200 aus den Landkreisen)	0
Theresienstadt	18.8.1942	1.022	17
Theresienstadt	1.9.1942	1.109 (davon 365 aus Wiesbaden, 165 aus den Landkreisen)	32
Theresienstadt	15.9.1942	1.367	105
Raasiku/Estland	24.9.1942	234	10

Die folgenden Deportationen gingen von den Bahnsteigen an der Großmarkthalle, vom Ostbahnhof oder vom Hauptbahnhof ab. Der Keller der Großmarkthalle wurde für sie nicht angemietet:

<i>Ort</i>	<i>Datum</i>	<i>Zahl der Verschleppten</i>	<i>Überlebende</i>
Auschwitz	11.3.1943	11	1
Theresienstadt	16.3.1943	41	10
Theresienstadt	12.4.1943	11	6
Auschwitz	19.4.1943	17	11
Theresienstadt	28.4.1943	1	1
Theresienstadt	16.6.1943	19	5
Buchenwald	28.10.1943	6	3
Ravensbrück	29.10.1943	7	7
Theresienstadt	10.11.1943	3	2
Auschwitz	1943	Ca. 100	0
Theresienstadt	8.1.1944	56	38
Theresienstadt	15.3.1944	7	6
Theresienstadt	16.5.1944	1	1
Theresienstadt	4.7.1944	7	4
Theresienstadt	25.10.1944	9	9
Auschwitz	1944	Ca. 100	0
Theresienstadt	14.2.1945	302 (davon 25 aus Wiesbaden, 8 aus Darmstadt, 60 aus Orten in Hessen-Nassau, 18 aus dem Bereich Koblenz)	291
Theresienstadt	15.3.1945	5	5

Arbeitsaufträge:

1. Sucht die Zielorte der Deportationen auf der Karte (M1).
2. In welchen Gebieten lagen die Orte damals und in welchen Ländern liegen sie heute?
3. An welchen Ort sind die meisten Frankfurter verschleppt worden?
4. An welchen Orten waren die Überlebenschancen höher als an anderen? Stellt Vermutungen an, woran das gelegen hat.

Weiterführende Rechercheaufgaben:

1. Wählt einen Deportationsort, recherchiert nach Informationen und präsentiert eure Ergebnisse:
(z.B. www.dhm.de, <http://www.memorialmuseums.org/europe>,
<http://www.ushmm.org/learn/holocaust-encyclopedia>)
 - a. Handelt es sich um ein Ghetto, Konzentrationslager, Vernichtungslager oder einen Erschießungsort?
 - b. Wie waren die Lebensbedingungen?
2. Arbeitet die Merkmale eines Ghettos, Konzentrationslagers, Vernichtungslagers und eines Erschießungsortes in der NS-Zeit heraus.
(z.B. www.dhm.de, <http://www.memorialmuseums.org/europe>,
<http://www.ushmm.org/learn/holocaust-encyclopedia>)
3. Was berichten Holocaustüberlebende darüber, wie es ihnen gelang, zu überleben?
(z.B. <http://www.sprechentrotz allem.de/> <http://www.dubistanders.de/>)

Wer war an den Deportationen beteiligt?

Die Massenverhaftungen und Deportationen von als Juden Verfolgten aus dem Deutschen Reich begannen Mitte Oktober 1941. Organisiert und durchgeführt wurden sie vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin, der Zentrale jüdenfeindlicher und rassistischer Verfolgung und Vernichtung. Seine Führung ist als die „Kerngruppe des Genozids“ zu sehen. Auf lokaler Frankfurter Ebene wurde die Massenverschleppung von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) organisiert und durchgeführt, woran alle Mitarbeiter*innen beteiligt waren.

Die Frankfurter Gestapo beauftragte für die erste Deportation SA¹- und NSDAP²-Mitglieder damit, die zu Deportierenden aus ihren Wohnungen herauszuholen und zu bewachen. Bei allen anderen Deportationen übernahmen Beamte der Kriminal- und Schutzpolizei diese Aufgaben.

Mitarbeiter*innen der NS-Volkswohlfahrt, einer staatlichen Hilfsorganisation, die beispielsweise für die „arische“³ Volksgemeinschaft Kindergärten betrieb oder bedürftige „arische“ Familien unterstützte, holten Lebensmittel und Haustiere aus den Wohnungen der zu Deportierenden ab. Mitarbeiter*innen des städtischen Fürsorgeamts – vergleichbar mit dem heutigen Sozialamt – kümmerten sich um die Verpflegung der Verschleppten, solange sie sich noch in Frankfurt aufhielten. Die Lebensmittelkarten nahmen ihnen Beamt*innen des Ernährungsamtes ab, und die Wohnungsschlüssel sammelten Beamt*innen des Finanzamtes ein. In der Großmarkthalle führten Beamt*innen der Kriminalpolizei und der Gestapo sowie städtische Fürsorgerinnen entwürdigende Leibesvisitationen, also Ganzkörperuntersuchungen, durch, um zu verhindern, dass Wertgegenstände am Körper aufbewahrt wurden.

Die Frankfurter Gestapo zwang die Frankfurter Bezirksstelle der „Reichsvereinigung der Juden“ dazu, die Personenlisten für die bevorstehenden Deportationen zu erstellen. Die „Reichsvereinigung der Juden“ war eine dem RSHA unterstehende Zwangsorganisation, in der alle Deutschen, die als Juden verfolgt wurden, Mitglied sein mussten. Auch alle Mitarbeiter*innen der Reichsvereinigung waren Verfolgte. Sie mussten die Personenlisten für die Deportationen zusammenstellen. Abgesehen von der ersten Deportation waren sie jeweils gezwungen zu entscheiden, wer als nächstes deportiert werden sollte. Die Gestapo gab für die Auswahl bestimmte Kategorien vor, zum Beispiel Familien mit Kindern oder Personen, die älter als 65 Jahre waren. Die Deutsche Reichsbahn organisierte die weitere Verschleppung und führte sie mit ihren Zügen durch.

(Autorinnentext verfasst auf der Grundlage von Volker Eichler: „Das ‚Judenreferat‘ der Frankfurter Gestapo“, in: Kingreen 1999, S. 244.)

Arbeitsauftrag:

Nenne die Organisationen, die an den Deportationen in Frankfurt beteiligt waren. Welche Aufgaben hatten sie?

Alternativ: Nennen Sie die Berufsgruppen, Institutionen und Organisationen, die an den Deportationen in Frankfurt beteiligt waren, und deren Aufgaben.

¹ SA Sturmabteilung, paramilitärische Kampforganisation der NSDAP

² NSDAP Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

³ „Arisch“ bezeichnet in der nationalsozialistischen rassistischen Ideologie die Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft“.

Es geschah in aller Öffentlichkeit – Wie reagierte das Umfeld auf die Deportationen?

Parallel zu den Deportationen lief der Marktbetrieb ungehindert weiter, dies wird in den Quellen 1-3 deutlich.

Q1



Verladen von Lebensmitteln an der Großmarkthalle in Linie G („Gemüsetram“), 1943. (Entnommen aus Drummer, Zwilling, 2004, S. 122.)

Q2



Marktdirektor mit Parteifunktionär vor der Großmarkthalle, 1943. (Entnommen aus Drummer, Zwilling, 2004, S. 123.)

Q3 *„Als ich morgens ins Büro kam, standen auf den Gleisen weiter draußen geschlossene Waggons, die von der Gestapo bewacht wurden. Das alles hat sich mehrmals wiederholt. Und nicht nur ich wusste, was da geschah, viele wussten es.“*

Sekretärin an der Großmarkthalle, ohne Datum. (Zitiert nach Drummer, Zwilling, 2004, S. 122.)

Q4 *„So in kleinen Gruppen, in Zügen und Trupps wurden den ganzen Tag die Leute zur Großmarkthalle gebracht. Das seltsame Gebäude, in weitem Kreise abgesperrt, lag da im dünnen Regen. An neugierigen Lungernden vorbei ging die trostlose Wanderung der mit ihren Bündeln, Rucksäcken, Koffern Beladenen. Man stellte sie am Rand des Platzes vor einen Schuppen, der an der Seite die große weiße Aufschrift trug SCHÜTZET DIE TIERE, das Gepäck wurde abgestellt und anscheinend nochmals durchsucht, wie in einer Zollstation unter freiem Himmel, ehe es in das große Gebäude weiterging.“*

Ausschnitt aus einem Brief von Alfons Paquet an eine Freundin, Frankfurt am Main, 20. Oktober 1941. (Zitiert nach Groß, Semmelroth (Hrsg.), 2016, S. 110.)

Q5 Die Personen, die im Keller der Großmarkthalle während der Deportationen arbeiteten, wurden von der Städtischen Schulkinderspeisung mit Essen versorgt. In einer Notiz der Staatspolizeistelle Frankfurt an die eigenen Mitarbeiter*innen steht dazu:

„Nach Mitteilung der städt[ischen] Schulkinderspeisung ist anlässlich der Verpflegung bei den bisher durchgeführten Judenevakuierungen eine Anzahl Löffel nicht zurückgegeben worden. Die Beamten, die etwa irrtümlich noch einen Löffel in Besitz haben, werden gebeten, diesen bei C51¹ abzugeben. Bei der nächsten Verpflegung muß, wie mit der Städtischen Schulkinderspeisung vereinbart wurde, jeder Beamte einen Löffel selbst mitbringen. Ausnahmsweise können am Büffet Löffel gegen Zahlung eines Pfandes in Empfang genommen werden.“

Heft der Staatspolizeistelle Frankfurt (Main) „Befehle und Nachrichten“ vom 9. Juni 1942. (Zitiert nach Kingreen, 2016, S. 168.)

Q6 *„Der Kreisleiter der NSDAP hat über 5.000 Gesuche um Zuweisung von freierwerbenden Judenwohnungen vorliegen.“*

Bürgermeister Joseph Kremmer, 2. Juli 1942. (Zitiert nach: Drummer, Zwilling, 2004, S. 113.)

Arbeitsaufträge:

1. Schreibt Eure Eindrücke von den Fotos und den Zitaten auf. Beschreibt, in welchem Umfeld die Deportationen stattfanden.
2. Erläutert, welche unterschiedlichen Reaktionen auf die Deportationen in den Bildern und Zitaten deutlich werden. Schreibt dazu einen Kommentar.
3. **Anspruchsvoller:** Arbeiten Sie heraus, welche Wert- und Moralvorstellungen in den Quellen erkennbar sind. Sind diese spezifisch für die NS-Zeit? Schreiben Sie dazu einen Kommentar.

¹ Vermutlich ist C51 eine Essensausgabestelle.

Die Deportationen im Rückblick eines Täters

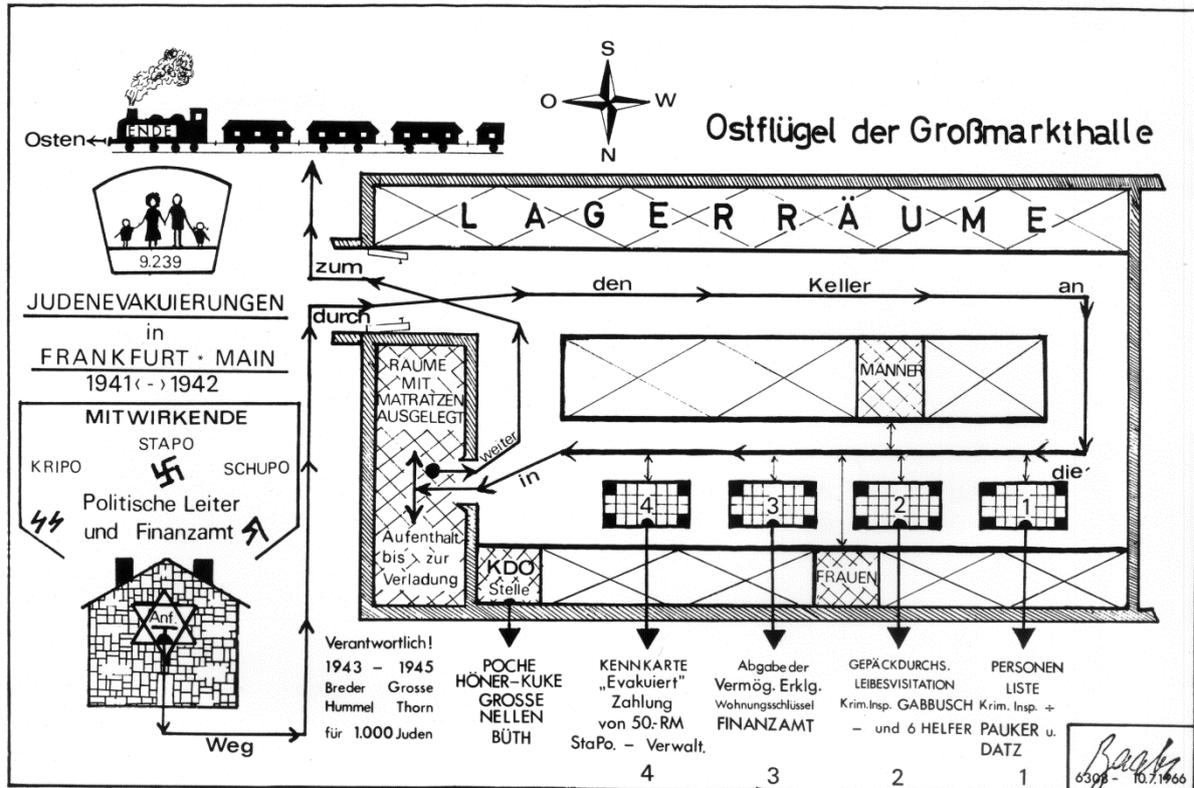
Heinrich Baab war von August 1942 - Juni 1943 Leiter des „Judenreferats“ der Gestapo. Das „Judenreferat“ organisierte alle Verfolgungsmaßnahmen gegen als Juden definierte Frankfurter und somit auch die Deportationen, die ab 1941 von der Großmarkthalle abgingen. Baab war unter anderem im Keller der Großmarkthalle eingesetzt. Laut Zeugenaussagen nach dem Krieg fürchteten Frankfurter Juden ihn wegen seiner sadistischen Verhörmethoden besonders. Er wurde 1950 in einem Strafprozess zu lebenslanger Haft verurteilt. Er war der Einzige, der für seine Beteiligung an den Deportationen verurteilt wurde. Während seiner Haft fertigte er im Jahre 1966 die Skizze über die Stationen der Deportationen im Keller an. Er beschreibt den Ablauf der Deportationen aus dem Blickwinkel eines Täters. (Autorinnentext)

T1 Die Historikerin Monica Kingreen schreibt Folgendes über die Großmarkthalle als Gestapo-Sammellager:

Die Gestapo Frankfurt hatte die städtische Großmarkthalle mit ihrem direkten Gleisanschluss als Sammellager ausgesucht, um so eine große Menschenmenge von mehr als 1.000 Personen zusammenführen und ihre Verschleppung bürokratisch „abwickeln“ zu können. Von mittags 13 Uhr bis zum Mittag des nächsten Tages verfügte die Gestapo über den Keller der Markthalle. Er wurde für die Deportation so eingerichtet, dass die Menschen, nachdem sie verhaftet und mit Wartenummern versehen waren, den Keller unter Bewachung vom Ostflügel her über eine breite Rampe betraten. Dann wurden sie den etwa 300 Meter langen Weg vor den Lagerräumen im Süden entlang geführt, passierten die Westseite und wurden dann an aufgestellten Tischen und einzelnen Kontrollstationen „durchgeschleust“: zuerst die Annahmestelle mit Eintrag in die vorhandene Liste, dann Gepäckdurchsuchung mit brutaler entwürdigender Leibesvisitation. Danach war das Finanzamt zuständig: die Vermögensliste sowie die Wertgegenstände mit einem noch in der Wohnung erstellten Verzeichnis und auch den Wohnungsschlüssel, an dem ein Schild mit genauer Adresse hing, mussten die Verfolgten hier abgeben. Dann wurden ihnen die Lebensmittelkarten abgenommen, ihre Kennkarten mit „evakuiert“ abgestempelt, sie mussten das Bargeld abgeben. Schließlich musste der Abschluss dieser Kontrollstationen bestätigt werden. Nach diesen Abfertigungen, die sich weit bis in die Nacht hinstreckten, wurden die Menschen in einen Raum im Ostflügel geführt, der mit Matratzen ausgelegt war. Im Keller der Großmarkthalle kam es zu Misshandlungen – sehr wahrscheinlich auch zu Todesfällen.

(Kingreen 2016, S. 157.)

Q1



Deportationsplan Großmarkthalle, gezeichnet von Heinrich Baab, JVA Butzbach 10. Juli 1966
(entnommen aus Arns, Gross, 2016, S. 201.)

Legende zum Organigramm:

Anf.	Anfang	KDO	Kommandeur der Ordnungspolizei (Die Ordnungspolizei war die Dachorganisation der uniformierten Polizei – der Schutz- und Gemeindepolizei)
KRIPO	Kriminalpolizei	Vermög. Erklg.	Vermögenserklärung - ein 16-seitiges Formular, in das die zu Deportierenden ihren ganzen Besitz eintragen mussten
STAPO	Die Staatspolizei war in Frankfurt die Geheime Staatspolizei		
SCHUPO	Schutzpolizei		
Politische Leiter	Amtsbezeichnung innerhalb der NSDAP		
KENNKARTE	Ausweis		

Arbeitsaufträge:

1. Beschreibt den Ablauf, der auf der Skizze dargestellt ist, mithilfe des Textes (T1).
2. Seht euch die Zeichnung und die Beschriftung genau an:
 - a. Was bedeuten die Begriffe „Judenevakuierungen“, „Mitwirkende“ und „Verladung“? Überlegt, welche anderen Worte diese Begriffe ersetzen könnten. Stellt Vermutungen an, warum Baab diese Formulierungen ausgewählt hat und keine anderen.
 - b. Arbeitet Ähnlichkeiten des Planes mit einem Kinderspielbrett heraus. Wie wirkt diese Ähnlichkeit auf euch?
 - c. Es sind einige Namen auf dem Ablaufplan zu lesen. Findet ihr den Namen von Heinrich Baab?
 - d. Untersucht, was Heinrich Baab mit seiner Zeichnung wohl bewirken wollte.

Die Deportationen im Rückblick eines Täters

Heinrich Baab war von August 1942 – Juni 1943 Leiter des „Judenreferats“ der Gestapo. Das „Judenreferat“ organisierte alle Verfolgungsmaßnahmen gegen als Juden definierte Frankfurter*innen und somit auch die Deportationen, die ab 1941 von der Großmarkthalle abgingen.

Baab war unter anderem im Keller der Großmarkthalle eingesetzt. Laut Zeugenaussagen nach dem Krieg fürchteten Frankfurter Juden ihn wegen seiner sadistischen Verhörmethoden besonders. Er wurde 1950 in einem Strafprozess wegen Mordes in zahlreichen Fällen, schwerer Körperverletzung, Aussageerpressung und Freiheitsberaubung zu lebenslanger Haft verurteilt. Baab war der Einzige, der für die Beteiligung an den Deportationen aus Frankfurt durch ein Gericht verurteilt wurde.

Während seiner Haft fertigte er im Jahre 1966 die Skizze über die Stationen der Deportationen im Keller an. Auf den ersten Blick wirkt die Skizze wie ein neutraler Ablaufplan. Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass Heinrich Baab hier den Ablauf der Deportationen nicht sachlich, sondern aus einem persönlichen Blickwinkel beschreibt. Das Dokument „zeigt mehr über die Perspektive des Täters, als die rein zeichenhaft-technische Darstellung auf den ersten Blick vermuten lässt.“ (Arns, Gross, 2016, S. 195.) (Autorinnentext)

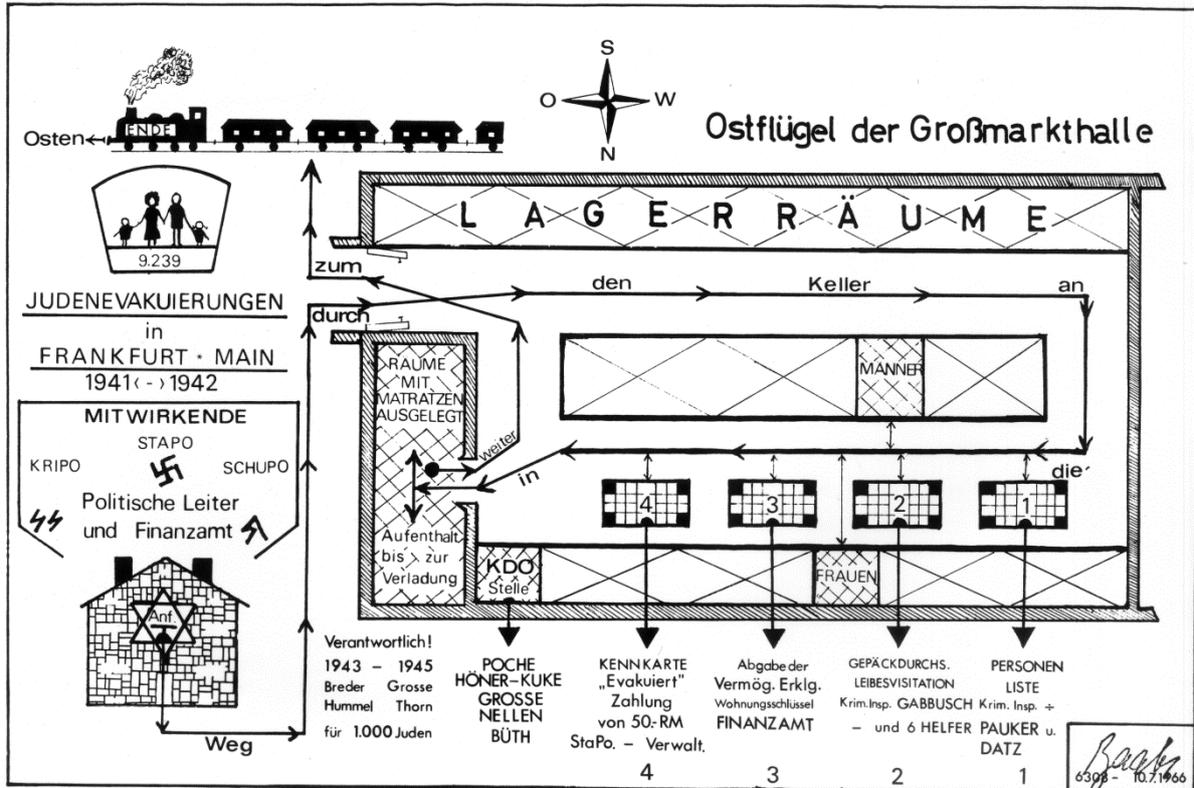
T1 Die Großmarkthalle als Gestapo-Sammellager

Die Gestapo Frankfurt hatte die städtische Großmarkthalle mit ihrem direkten Gleisanschluss als Sammellager ausgesucht, um so eine große Menschenmenge von mehr als 1.000 Personen zusammenführen und ihre Verschleppung bürokratisch „abwickeln“ zu können. Von mittags 13 Uhr bis zum Mittag des nächsten Tages verfügte die Gestapo über den Keller der Markthalle. Er wurde für die Deportation so eingerichtet, dass die Menschen, nachdem sie verhaftet und mit Wartenummern versehen waren, den Keller unter Bewachung vom Ostflügel her über eine breite Rampe betraten. Dann wurden sie den etwa 300 Meter langen Weg vor den Lagerräumen im Süden entlang geführt, passierten die Westseite und wurden dann an aufgestellten Tischen und einzelnen Kontrollstationen „durchgeschleust“: zuerst die Annahmestelle mit Eintrag in die vorhandene Liste, dann Gepäckdurchsuchung mit brutaler entwürdigender Leibesvisitation. Danach war das Finanzamt zuständig: die Vermögensliste sowie die Wertgegenstände mit einem noch in der Wohnung erstellten Verzeichnis und auch den Wohnungsschlüssel, an dem ein Schild mit genauer Adresse hing, mussten die Verfolgten hier abgeben. Dann wurden ihnen die Lebensmittelkarten abgenommen, ihre Kennkarten mit „evakuiert“ abgestempelt, sie mussten das Bargeld abgeben. Schließlich musste der Abschluss dieser Kontrollstationen bestätigt werden. Nach diesen Abfertigungen, die sich weit bis in die Nacht hinstreckten, wurden die Menschen in einen Raum im Ostflügel geführt, der mit Matratzen ausgelegt war. Im Keller der Großmarkthalle kam es zu Misshandlungen – sehr wahrscheinlich auch zu Todesfällen.

(Kingreen 2016, S. 157.)

4. Rückblick eines Täters (anspruchsvoller)

Q1



Deportationsplan Großmarkthalle, gezeichnet von Heinrich Baab, JVA Butzbach 10. Juli 1966 (entnommen aus Arns, Gross, 2016, S. 201.)

Legende zum Organigramm:

Anf.	Anfang	KDO	Kommandeur der Ordnungspolizei (Die Ordnungspolizei war die Dachorganisation der uniformierten Polizei – der Schutz- und Gemeindepolizei)
KRIPO	Kriminalpolizei	Vermög. Erklg.	Vermögenserklärung - ein 16-seitiges Formular, in das die zu Deportierenden ihren ganzen Besitz eintragen mussten
STAPO	Die Staatspolizei war in Frankfurt die Geheime Staatspolizei		
SCHUPO	Schutzpolizei		
Politische Leiter	Amtsbezeichnung innerhalb der NSDAP		
KENNKARTE	Ausweis		

Arbeitsaufträge:

1. Beschreiben Sie den Ablauf, der auf der Skizze dargestellt ist, mithilfe des Textes (T1).
2. Sehen Sie sich die Zeichnung und ihre Beschriftung genau an:
 - a. Arbeiten Sie heraus, inwiefern die Zeichnung eine bestimmte Perspektive zum Ausdruck bringt. Achten Sie dabei auf verwendete Begriffe und grafische Symbole.
 - b. Es sind einige Namen auf dem Ablaufplan zu lesen. Stellen Sie Vermutungen an, warum Baab sich selbst nur als Verfasser der Zeichnung nennt.
 - c. Arbeiten Sie heraus, welche Ziele Heinrich Baab mit der Zeichnung verfolgte.



Wie schildern direkt an den Deportationen Beteiligte das Geschehen?

Q1 Eine städtische Fürsorgerin¹, Hannelore Raue, war wohl im Mai oder Juni 1942 in der Großmarkthalle an der Durchführung der Deportationen in der Großmarkthalle beteiligt. In einem Gespräch mit einer Journalistin erinnerte sie sich 1986 an Folgendes:

„Ich habe von April 1942 bis Mai 1943 als städtische Fürsorgerin bei der Kreisstelle 4 am Kurfürstenplatz in Bockenheim gearbeitet. Eines Tages sagte eine Kollegin zu mir: ‚[...] Sie müssen morgen in der Großmarkthalle antreten. Dort werden die Juden abtransportiert, und da muss die Stadt Frankfurt, das heißt wir, die Leibesvisitation² machen.‘ Ich musste mich abends um 20 Uhr an der Großmarkthalle einfinden. Dort waren außer mir bestimmt noch zehn andere Fürsorgerinnen. Von meiner Dienststelle war ich die Einzige. Dann waren wir unten im Keller, wo die Züge mit dem Obst und Gemüse anrollen. Da standen schon die Waggonen auf den Gleisen. – Da war so ein entsetzlicher Mann, der hieß Holland und spazierte da so auf und ab. Der kam zu uns und sagte uns, unsere Aufgabe sei es, Leibesvisitationen bei den Judenfrauen zu machen und sie einzeln und mit Kindern zu untersuchen. Wir sollten ihnen abnehmen: Schirme, d. h. Knirpse, Armbanduhren, Schmuck, Geld und übermäßige Mengen Lebensmittel. Ich erinnere mich auch noch, dass es dort unten furchtbar kalt war. Diese Keller sind ja für das Gemüse [...]. Es standen dort große Wäschekörbe da, und im Laufe der Nacht waren dann dort x Knirpse, und ein anderer war voll mit Armbanduhren und Schmuck. Dieser schreckliche Herr Holland stolzierte da so auf und ab und sagte einmal zu uns: ‚Also, meine Damen, wenn Sie irgendetwas benötigen von diesen Sachen, nehmen Sie sich, was sie brauchen.‘ Ich muss zur Ehre meiner Kolleginnen sagen, dass ich mich nicht an eine erinnern kann, die von diesem grausigen Angebot Gebrauch gemacht hätte. Es war so eine bedrückende Stimmung, eine so schreckliche Atmosphäre, so schlimm! – Die mussten einem ja Leid tun!

Eine Jüdin stand vor mir, die hatte einen Kinderwagen; na ja, man musste es ja irgendwie machen. Ich habe vielleicht, um ordentlich zu sein, das Bettchen von dem Kinderwagen hochgehoben. Und da hat sie gesagt: ‚Ach, Fräulein, lassen Sie’s mir doch! Lassen Sie’s mir doch!‘ Ich weiß gar nicht, ob dort ein Korb mit Lebensmitteln stand. – Tatbestand war aber, dass sie sich für das Baby in dem Kinderwagen etwas zusammengespart hatte – und die bekamen ja schon weniger Lebensmittelmarken und schlechtere Lebensmittel. Ich glaube gar nicht, dass ich die Absicht hatte, etwas zu finden. Natürlich habe ich es ihr gelassen. Und ich muss auch sagen: Soweit ich mich an andere Fürsorgerinnen neben mir erinnern kann, dass alle, die dort unten tätig waren in dieser Nacht, soweit sie konnten, die Augen zugeedrückt haben. Ich habe keine Erinnerung, die sich mit Hingabe auf diese Aufgabe gestürzt hätte. Aber wir haben selbstverständlich auch Sachen weggenommen.“

(Zitiert nach Hebauf, 2010, S. 110.)

¹ In etwa vergleichbar mit einer Sozialarbeiterin

² Ganzkörperuntersuchung



Arbeitsaufträge zu Q1:

1. Beschreibt das Bild, welches Frau Raue über die Situation und die Atmosphäre im Keller der Großmarkthalle vermittelt.
2. Was sagt Frau Raue über ihr Verhalten und das ihrer Kolleginnen in der Situation?
3. Frau Raue schildert die Situation im Keller fast 40 Jahre später in einem Interview mit einer Journalistin. Erörtert ihre Motive, welche für ihre Darstellung eine Rolle gespielt haben könnten.
4. Diskutiert, ob die Schilderung glaubwürdig ist und sammelt Argumente dafür und dagegen.

Wie schildern an den Deportationen direkt Beteiligte das Geschehen?

Q2 In der Großmarkthalle – Leibesvisitationen³ – Aussagen von Kriminalbeamten 1947

Zu den Leibesvisitationen sagte ein Kriminalbeamter 1947 aus: „Auf dem Wege der Durchschleusung wurde eine Leibesvisitation der Juden [...] vorgenommen. Die Leibesvisitation der Frauen wurde von Beamtinnen der Kriminalpolizei, die der Männer von Gestapobeamtinnen vorgenommen. Es war ein offenes Geheimnis, dass bei solchen Leibesvisitationen Schläge ausgeteilt wurden. Zum Beispiel wurde einem Juden der Schnurrbart rücksichtslos abgeschnitten und sein Gesicht mit einem Stempel bearbeitet. [...] Die beteiligten Gestapobeamte waren meist jüngere Leute, darunter sogar Männer im Alter von 18–20 Jahren.“ Ein anderer berichtete: „Dabei hörte ich manchmal lautes Stöhnen und Schreien. Ich habe einzelne Juden gesehen, die aus den Kabinen heraustraten und auf der Stirn den Stempel ‚Jude‘ aufgedrückt hatten. Anderen waren zur Hälfte die Haare abgeschnitten, wobei bestimmt nicht menschlich umgegangen wurde. Dies ist aber alles in den Kabinen geschehen, was von außen nicht eingesehen werden konnte. [...] Obwohl ich damals sehr empört darüber gewesen bin, dass ich zu diesen Aktionen kommandiert wurde, ist es doch wieder gut gewesen, dass ich daran teilnehmen mußte, denn ich hätte sonst vielleicht selbst nicht geglaubt, wie unmenschlich die Juden behandelt worden sind. Von einem großen Teil der Frankfurter Bevölkerung wurden diese Aktionen damals diskutiert und verurteilt, wobei ich das, was ich mit eigenen Augen gesehen hatte, preisgeben und behaupten konnte.“

Aus einem dienstlichen Bericht der Kriminalpolizei von 1947. (Zitiert nach Kingreen, 2016, S. 168.)

Arbeitsaufträge zu Q2:

1. Beschreibt das Bild, welches die Kriminalbeamten von der Situation und der Atmosphäre im Keller der Großmarkthalle in dem „dienstlichen Bericht“ vermitteln.
2. Erörtert welches die Motive für die Kriminalbeamten gewesen sein können, die Juden zu misshandeln.
3. Diskutiert, ob die Aussagen von 1947 glaubwürdig sind und sammelt Argumente dafür und dagegen.

³ Ganzkörperuntersuchung.



Wie schildern an den Deportationen direkt Beteiligte das Geschehen?

Q3 SA-Bericht über die erste Deportation am 19. Oktober 1941

Am 21. Oktober 1941 berichtete der Führer des Sturmbannes IV/63 in Frankfurt am Main an die SA-Standarte 63 über die Tätigkeit der SA-Männer, die am 19. Oktober 1941 unter seinem Kommando an der Deportation von Juden aus Frankfurt beteiligt waren. Die SA war keine Polizeitruppe. Sie war eine Organisation der NSDAP. Für die Deportation hatte die Polizei bei der SA um Unterstützung gebeten. Die SA-Männer arbeiteten „ehrenamtlich“.

„[...] Pünktlich vor 7 Uhr erschienen vor den einzelnen Wohnungen die SA-Männer und forderten die Juden auf zu öffnen. Alsdann wurde die jeweilige Familie in einem Raum zusammengekommen und ihnen hier die Verfügung betreffs Evakuierung vorgelesen. Es zeigte sich nun, daß in einzelnen Häusern, die vollkommen evakuiert werden sollten, nicht alle Unterlagen ausgeteilt waren. [...] Die Männer hatten außerordentlich schwierige Arbeit nun in den Wohnungen bei den Verhandlungen bezüglich der Aufnahme einer Vermögenserklärung sowie einer Bestandsaufnahme über das gesamte Inventar, das ja, wie befohlen, eingehend aufgenommen werden mußte. Dies zog sich natürlich mehrere Stunden hin. Alsdann packten die Juden diejenigen Gegenstände, die sie mitnehmen durften, unter Aufsicht ein. Jetzt mußte gewartet werden, bis die Beamten der Staatspolizei in den einzelnen Wohnungen erschienen, um die Vermögens- und Bestandsaufnahmen zu prüfen und den jeweiligen SA-Männern Entlastung zu erteilen. Bei den Verhandlungen auftretende Schwierigkeiten wurden von den Männern, wie ich mich selbst davon überzeugen konnte, schnell und geschickt überwunden.

[...] Nach Abnahme wurden alsdann die Juden durch die Männer nach der Großmarkthalle geleitet, wo selbst nochmals mindestens sechs Kontrollstationen zu durchlaufen waren. Auch dies zog sich sehr lange hin, so daß der größte Teil der Männer erst nachts um 11 bzw. 12 Uhr hier abgefertigt werden konnte.

Es muß ohne weiteres betont werden, daß die Männer an diesem Tage, obwohl die ganze Organisation viele Mängel aufzuweisen hatte, doch der ganzen Situation gewachsen waren und hierbei unter Beweis stellten, daß die SA da, wo sie hingestellt wird, immer die Lage beherrscht. Insgesamt wurden von den Männern des Sturmbanns IV/63 76 Juden evakuiert. [...] Lebensmittel wurden in großer Menge durch die SA-Männer sichergestellt und der NSV [NS Volkswohlfahrt] übergeben.“

Quelle entnommen aus: Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden.

(Zitiert nach Dokumente, 1963, S. 511.)

Arbeitsaufträge zu Q3:

1. Beschreibt, um was es in dem Bericht geht.
2. Benennt, wer den Bericht wann und zu welchem Zweck geschrieben hat.
3. Diskutiert, ob der Bericht glaubwürdig ist und sammelt Argumente dafür und dagegen.

Was geschah mit den Hauptverantwortlichen nach 1945?

Die Frankfurter Geheime Staatspolizei (Gestapo) hat die Frankfurter Massendeportationen organisiert und durchgeführt. Als hauptverantwortlich gelten der Leiter der Frankfurter Gestapo, Oswald Poche, und Ernst Grosse. Es war der Leiter der Abteilung II, die u.a. die Verfolgung von Juden betrieb. Zur Abteilung II gehörte auch das sogenannte „Judenreferat“. Alle weiteren Gestapo-Mitarbeiter waren an den Verhaftungen und Verschleppungen der als Juden Verfolgten beteiligt.

Oswald Poche

Oswald Poche lebte von 1942 bis 1945 in einer Villa im Frankfurter Westend, die durch die Deportation der als Jüdin verfolgten Besitzerin frei geworden war. Nach dem Krieg besorgte er sich falsche Papiere in Hamburg und nahm die Identität seines Schwagers an, der als vermisst galt. Zunächst arbeitete er als reisender Händler und später als Filialleiter im Wendland in der Nähe von Salzwedel. Im Mai 1949 nahm die Frankfurter Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen Poche auf. Sie wusste, dass er noch lebte und seine Familie in Salzwedel untergekommen war. Obwohl Poche unter dem Namen eines nahen Verwandten lebte, wurde er nicht gefasst.

Ernst Grosse

Der ehemalige Gestapo Abteilungsleiter Ernst Grosse wurde im Juni 1945 in Oberhessen verhaftet und saß drei Jahre in einem Internierungslager¹ in Haft.

1949 wurde er von einem deutschen Gericht wegen seiner Zugehörigkeit zu den verbrecherischen Organisationen Gestapo und SS zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Da er aber schon drei Jahre in Internierungshaft gesessen hatte, galt diese Strafe bereits als verbüßt. Ein erneutes Verfahren gegen ihn wurde 1952 eingestellt, möglicherweise, weil Grosse für den US-amerikanischen Geheimdienst tätig war. Er lebte bereits wieder in Frankfurt. Sein früherer, ihm untergeordneter Mitarbeiter Heinrich Baab, der seine Haftstrafe absaß, belastete ihn. In der Folge wurde 1958 ein viertes Mal gegen ihn ermittelt. Vor Gericht kam er jedoch aus „Mangel an Beweisen“ nicht mehr.

Ernst Holland

Ernst Holland war der „Gestapo-Beauftragte bei der jüdischen Wohlfahrtspflege“. Er kontrollierte ab 1940 die noch vorhandene jüdische Gemeinde und deren Sozialeinrichtungen, z.B. die Altersheime. Er sorgte dafür, dass als Juden Verfolgte in sogenannte „Ghettohäuser“ zogen. Er war besonders bekannt für seine Brutalität. 1943 wurde er an die Front geschickt.

Nach dem Krieg richteten die Alliierten Spruchkammern ein. In diesen Spruchkammern arbeiteten nicht- oder minderbelastete Juristen und Laienrichter. Sie ordneten nationalsozialistische Tatver-

¹ Nach dem Krieg stellten die Besatzungsmächte nationalsozialistische Tatverdächtige und mutmaßliche Kriegsverbrecher in Internierungslagern unter Arrest.

dächtige in 5 Kategorien ein (Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete). Holland wurde in die Kategorie der Hauptschuldigen eingeordnet. Vor Gericht kam er nie, er galt ab 1945 als vermisst.

Heinrich Baab

Der SS-Untersturmführer Heinrich Baab war ausgebildeter Schlosser und seit 1932 Mitglied der NSDAP. Zwischen Frühjahr 1942 und Juli 1943 leitete er das sogenannte Judenreferat der Frankfurter Gestapo. Während dieser Zeit war er mitverantwortlich für einige große Deportationen und auch zum Dienst in der Großmarkthalle eingeteilt. Außerdem betrieb er die Verfolgung jüdischer „Misch-ehepartner“. Er war stolz darauf, dass er wegen seines brutalen, sadistischen Verhaltens als „Schrecken der Frankfurter Juden“ galt. 1950 wurde er in einem Schwurgerichtsprozess, der auch über Frankfurt hinaus Aufsehen erregte, zu lebenslangem Zuchthaus und dem Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte² verurteilt. Zeugen beschrieben seine Straftaten gegenüber 172 Personen. In 55 Fällen konnte ihm das Gericht vollendeten Mord, in 21 Fällen versuchten Mord nachweisen, außerdem zahlreiche Fälle von schwerer Körperverletzung, Aussagenerpressung und Freiheitsberaubung. Von der Zentralspruchkammer Hessen wurde er 1953 der Gruppe 1 der Hauptschuldigen zugeordnet. Dadurch zählte er zu den 455 Hauptschuldigen in Hessen.

Nach 25 Jahren Haft wurde er 1972 vom hessischen Justizminister krankheitsbedingt begnadigt. 2001 starb er mit 92 Jahren, wahrscheinlich in Frankfurt, wo er seit seiner Entlassung mit seiner Familie lebte.

Von allen für die Deportationen aus Frankfurt Verantwortlichen wurde Baab als einziger vor Gericht gestellt und verurteilt. Anschuldigungen, die Baab während seiner Haft gegen seine Kollegen machte, führten dazu, dass 1958 ein weiteres Ermittlungsverfahren zu den Deportationen eröffnet wurde. Es dauerte jedoch einige Jahre, bis intensiv ermittelt wurde. 1969 wurde es schließlich „aus Mangel an Beweisen“ wieder eingestellt.

(Autorinnentext erstellt auf der Grundlage von Kingreen, 2016, S. 185ff.)

Arbeitsaufträge:

1. Die vier hier vorgestellten Lebensverläufe nach dem zweiten Weltkrieg können exemplarisch für viele ähnliche Täterbiographien stehen. Formuliere dafür vier passende „Überschriften“.
2. Stellt Vermutungen darüber an, weshalb die Ermittlungen gegen die Angeklagten nur zögerlich in Gang kamen und Baab als einziger verurteilt wurde.
3. Recherchiert den Umgang mit den nationalsozialistischen Täter*innen und Taten nach 1945.

² Zu den bürgerlichen Ehrenrechten zählen das aktive und passive Wahlrecht sowie das Recht, öffentliche Ämter auszuüben, z. B. als Wahlhelfer.

Wer war an der Ausplünderung der als Juden Verfolgten beteiligt?

An der Ausplünderung der als Juden Verfolgten waren viele Einrichtungen und Behörden beteiligt. Eine zentrale Rolle bei der Verfolgung spielten die geheime Staatspolizei (Gestapo) und die Finanzbehörden¹. Die Gestapo führte mithilfe anderer Organisationen die Deportationen der Menschen durch, die von den Nationalsozialisten als jüdisch bezeichnet wurden. Sie wurden aus ihren Heimatorten verschleppt. Die Gestapo-Beamten stellten die Transportlisten zusammen, zwangen die Verfolgten, die Vermögenserklärungen auszufüllen, und überwachten deren Abtransport. Gemeinsam mit den Gerichtsvollziehern, den Hausverwaltern und den Finanzbeamten erfassten und „sicherten“ sie das beschlagnahmte Vermögen. Häufig waren die Gestapo-Beamten die Ersten, die sich aus dem Hausrat das Wertvollste herausuchten oder in die Wohnungen einzogen. Diese persönliche Bereicherung war für die „arischen Volksgenossen“ sichtbar.

Auch Organisationen, die sich nicht direkt mit der Verfolgung der Juden befassten, beteiligten sich an ihrer Ausplünderung. Dazu gehörte beispielsweise die NS-Volkswohlfahrt (NSV). Sie war die größte Massenorganisation des „Dritten Reichs“. Als die Auswirkungen des Krieges auch im Reichsgebiet spürbar wurden und die Bombenangriffe zunahmten, bemühte sich die NSV, der „arischen“ Bevölkerung zu helfen. In großem Maße erwarb sie den Besitz Deportierter oder Geflohener. Vor allem Hausrat, Wäsche und Lebensmittel gab sie dann an „bedürftige Volksgenossen“ weiter. Zeitweise war die NSV auch direkt an der Versteigerung „jüdischen Besitzes“ beteiligt.

Die Industrie- und Handelskammern waren an der Überwachung von Gewerbetreibenden beteiligt, die als jüdisch verfolgt wurden; sie unterstützten Boykotte von Geschäften und sorgten dafür, dass Geschäfte und Firmen jüdischer Besitzer „arisiert“ wurden. Das bedeutete, dass die verfolgten Besitzer ihre Geschäfte und Firmen für wenig Geld an Nicht-Juden verkaufen mussten.

Die Stadt- und Gemeindeverwaltungen waren ganz unterschiedlich an der Ausplünderung der als Juden Verfolgten beteiligt: Ab 1939 mussten die Verfolgten Schmuck und Wertgegenstände bei den städtischen Pfandleihanstalten für wenig Geld abgeben. Die Einwohnermeldeämter waren an der Überwachung der als jüdisch definierten Bevölkerung beteiligt. Nach der Deportation trugen sie zur Verschleierung der Vernichtung bei, indem sie den Begriff „abgewandert“ in die Akten eintrugen. Vor allem gehörten die Stadtverwaltungen zu den Profiteuren der Ausplünderung. Die Stadt Frankfurt am Main bereicherte sich unter anderem an Immobilien, Kunstsammlungen und an der Enteignung der Jüdischen Gemeinden.

Ebenfalls beteiligt waren die Banken und Versicherungen:

Als Juden Verfolgte waren vielen Boykotten ausgesetzt und mussten Sonderabgaben zahlen. Um an Geld zu kommen, waren sie daher seit 1938 vielfach gezwungen, ihre Versicherungen zu verkaufen. Ab Ende 1941 wurden die noch bestehenden Versicherungen entweder aufgelöst oder das Deutsche Reich übernahm sie nach dem Tod der Deportierten.

¹ Staatliche Stellen, die Steuern und andere finanzielle Abgaben für den Staat eintreiben.

Banken und Sparkassen meldeten dem Deutschen Reich Konten und Wertpapiere, bei denen sie vermuteten, dass sie als Juden Verfolgten gehörten. Sie überwiesen die entsprechenden Guthaben an die Finanzbehörden, sobald sie sich versichert hatten, dass sie für Schadensersatz nicht haften müssen.

Eine besondere Funktion hatte ab Juli 1939 die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“. Sie war eine Zwangsorganisation, bei der jeder Deutsche, der als Jude verfolgt wurde, Mitglied sein musste. Die Gestapo zwang die „Reichsvereinigung“, Geld für die SS einzutreiben – zum Beispiel durch „Heimeinkaufverträge“. „Heimeinkaufverträge“ wurden mit als Juden Verfolgten abgeschlossen, die schon älter waren. Sie sollten sich mit dem Vertrag angeblich einen Altersheimplatz im Ghetto Theresienstadt kaufen. Den Altersheimplatz gab es nicht, das eingenommene Geld ging an die SS.

(Sparkassen-Kulturstiftung, 2008, S. 15-17, gekürzt und bearbeitet.)

Arbeitsaufträge:

1. Nenne die Einrichtungen und Behörden, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Ausplünderung des Eigentums von als Juden Verfolgten beteiligt waren.
2. Beschreibe, wie sie daran beteiligt waren.
3. Wähle eine Einrichtung oder Behörde aus und bewerte die Aufgabe der Behörde und das Verhalten der Beamten/Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus deiner heutigen Sicht.

Wer war an der Ausplünderung der als Juden Verfolgten beteiligt?

An der Ausplünderung der als Juden Verfolgten waren zahlreiche Einrichtungen und Behörden beteiligt. Eine zentrale Rolle bei der Verfolgung spielten die geheime Staatspolizei (Gestapo) und die Finanzbehörden. Mithilfe anderer Organisationen führte die Gestapo die Deportationen der jüdischen Bevölkerung aus ihren Heimatorten durch. Sie stellte die Transportlisten zusammen, zwang die Verfolgten, die Vermögenserklärungen auszufüllen, und überwachte deren Abtransport. Gemeinsam mit den Gerichtsvollziehern, eigens eingesetzten „Abwicklern“, zumeist den Hausverwaltern, und den Finanzbeamten erfasste und „sicherte“ sie das beschlagnahmte Vermögen für den deutschen Staat. Häufig waren die Gestapobeamten die Ersten, die sich aus dem Hausrat das Wertvollste herausuchten oder die Wohnungen für sich in Anspruch nahmen. Die persönliche Bereicherung bei der „Verwertung jüdischen Besitzes“ war dabei fast sprichwörtlich und blieb der Bevölkerung nicht verborgen.

Auch Organisationen, die nicht unmittelbar mit der Verfolgung der Juden befasst waren, beteiligten sich an ihrer Ausplünderung. Dazu gehörten beispielsweise die NS-Frauenschaft und die NS-Volkswohlfahrt (NSV). Die NSV war die größte Massenorganisation und die bedeutendste Wohlfahrtsinstitution des „Dritten Reichs“. Als die Auswirkungen des Krieges auch im Reichsgebiet spürbar wurden und die Bombenangriffe zunahmen, bemühte sie sich, die Härten für die „arische“ Bevölkerung zu mindern. In großem Maßstab erwarb sie den Besitz deportierter oder geflohener als Juden Verfolgter, vor allem Hausrat, Wäsche und Lebensmittel, und gab ihn an „bedürftige Volksgenossen“ weiter. Zeitweise war die NSV auch direkt an der Versteigerung „jüdischen Besitzes“ beteiligt. So erfolgte beispielsweise im Bereich des Oberfinanzpräsidiums Darmstadt die Verwertung ab Herbst 1942 zentral über die NSV. Ein NSV-Beauftragter begutachtete – unterstützt von einer Vertreterin der NS-Frauenschaft – den Hausrat in den Wohnungen der Deportierten und entschied über die weitere Verteilung. Die Verkaufserlöse wurden an den Fiskus abgeführt.

Die Industrie- und Handelskammern waren insbesondere an der Überwachung von als jüdisch definierten Gewerbetreibenden beteiligt, sie unterstützten Boykottmaßnahmen, leiteten „Arisierungen“ ein und kontrollierten ihren „ordnungsgemäßen“ Ablauf. Die Stadt- und Gemeindeverwaltungen waren in verschiedener Hinsicht an der Ausplünderung der als Juden Verfolgten beteiligt. Die städtischen Pfandleihanstalten nahmen die Schmuck- und Wertgegenstände entgegen, die sie 1939 abliefern mussten. Die Einwohnermeldeämter waren an der Überwachung der als jüdisch definierten Bevölkerung beteiligt und trugen nach der Deportation durch Akteneinträge wie „abgewandert“ zur Verschleierung der Vernichtung bei. Vor allem gehörten die Stadtverwaltungen zu den Profiteuren der Ausplünderung. Die Stadt Frankfurt am Main beispielsweise, bis 1933 die Großstadt mit dem höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil in Deutschland, bereicherte sich nicht nur durch die Aneignung von Immobilien und Kunstsammlungen. Sie war überdies aktiv an der Enteignung der Jüdischen Gemeinde und vor allem der zahlreichen jüdischen und anderen Stiftungen beteiligt; dabei geriet sie auch in Konkurrenz zur Gestapo.

7. Ausplünderung (anspruchsvoller)

Datum: _____

Name: _____

Beteiligt waren ebenfalls die Banken und Versicherungen. Bei der „Vermögensanmeldung“ vom April 1938 hatten die Juden auch ihre Bankguthaben, Wertpapiere und Kapitalversicherungen angeben müssen. Als Folge von Sonderabgaben und Boykotten waren sie vielfach gezwungen, ihre Versicherungen zum Rückkaufwert zu veräußern. Die noch bestehenden Versicherungen wurden ab Ende 1941 entweder zum Rückkaufwert eingelöst, oder der Staat trat nach dem Tod der Deportierten als Versicherungsnehmer auf. Im Vertrauen auf die berühmte Seriosität der Schweizer Finanzinstitute hatten auch viele hessische Juden ihre Versicherungen dort abgeschlossen. Doch Schweizer Versicherungen überwiesen dem Reich den Rückkaufwert in der Regel ohne Protest und verschafften ihm so Devisen. Auch die Banken und Sparkassen meldeten der Finanzverwaltung Konten und Wertpapiere, bei denen sie vermuteten, dass sie als Juden Verfolgten gehörten. Nachdem sich die Finanzinstitute davon überzeugt hatten, dass sie nicht für etwaige Schadensersatzforderungen haftbar gemacht werden konnten, überwiesen sie meistens widerspruchslos die entsprechenden Guthaben und Depots an die Reichsfinanzverwaltung, die für die weitere Verwertung der Aktien und Wertpapiere sorgte.

Eine besondere Funktion hatte die SS-Führung der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ zugedacht, eine dem Reichssicherheitshauptamt in Berlin unterstehende Zwangsorganisation, der jeder deutsche als Jude Verfolgter angehören musste. Sie wurde unter anderem von der Gestapo gezwungen, Sonderabgaben für die SS einzutreiben, war an der Organisation der Deportationen beteiligt und musste später die Abwicklung der sogenannten „Heimeinkaufsverträge“ vornehmen. Den Opfern wurde damit suggeriert, sich im Ghetto Theresienstadt in ein „Heim“ einzukaufen, zumeist mit ihren noch vorhandenen flüssigen Mitteln, die so am Fiskus vorbei auf die Konten der Gestapo flossen. Diese „Selbstfinanzierung“ der SS musste das Reichsfinanzministerium zähneknirschend akzeptieren.

(Sparkassen-Kulturstiftung, 2008, S. 15-17, gekürzt und bearbeitet.)

Arbeitsaufträge:

1. Nennen Sie die Institutionen und Organisationen, die an der Ausplünderung der als Juden Verfolgten beteiligt waren.
2. Beschreiben Sie, wie die jeweilige Beteiligung aussah.
3. Beschreiben Sie, inwiefern die Institutionen und Organisationen in Konkurrenz zueinander standen.
4. Nehmen Sie zu dem Verhalten der Institutionen Stellung und gehen Sie dabei auf zwei von ihnen näher ein.

Legalisierter Raub

Zu Q1: Vermögenserklärung

Kurz vor der Deportation und vor Verlassen der eigenen Wohnung waren die Verfolgten – hier Moritz Levi – gezwungen, eine 16-seitige Vermögenserklärung auszufüllen. Darin mussten sie ihr ganzes Hab und Gut auflisten: Aktien, Geld, Immobilien, Möbelstücke, Hausrat bis hin zu einzelnen Wäschestücken. Vielfach mussten sie die Übertragung ihres Vermögens an das Deutsche Reich eigenhändig unterschreiben.

Zu Q2: Heimeinkaufvertrag

Als Juden Verfolgte, die in Altersheimen lebten, waren vor ihrer Deportation genötigt, einen „Heimeinkaufvertrag“ abzuschließen. Mit diesen Verträgen wurde so getan, als würden sie sich einen neuen Altersheimplatz kaufen. Tatsächlich wurden sie in das Ghetto Theresienstadt deportiert, in dem Hunger, Krankheit und Tod vorherrschten.

Im Zuge der 7. Deportation aus Frankfurt am 18. August 1942 hatten von den 1020 Verschleppten 270 Personen einen Heimeinkaufvertrag unterschrieben. Durch diese Verträge nahm der deutsche Staat insgesamt 6 Mio. Reichsmark ein.

(Vgl. Kingreen, 1999, S. 376.)

Zu Q3: Verfügung über die Vermögenseinziehung

Ein Schreiben des Oberfinanzpräsidenten an die Deutsche Bank vom 19. November 1941. Hiermit wurde das Vermögen der Eheleute Heinrich und Olga Schafranek an das Deutsche Reich übergeben. Die Familie Schafranek war bereits einen Monat vorher mit der ersten Massendeportation aus Frankfurt verschleppt worden.

Arbeitsaufträge:

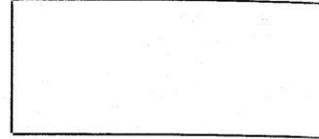
1. Beschreibt, wie und zu welchem Zweck die Dokumente eingesetzt worden sind.
2. Erläutert mithilfe der Dokumente, weshalb heute von „legalisiertem Raub“ gesprochen wird.
3. Die Nationalsozialisten haben von der „Verwertung jüdischen Eigentums“ gesprochen. Vergleiche diese Formulierung mit dem Begriff „legalisierter Raub“. Inwiefern unterscheiden sie sich? Schreibt einen Kommentar zu den Formulierungen und bewertet sie.



Q1

Zur Beachtung!

Sachen, die anordnungsgemäß mitgenommen werden, sind nicht einzutragen. Für jede Person (auch Kinder und Ehefrauen) ist ein gesondertes Formular auszufüllen. Für Minderjährige oder Ehefrauen hat die Ausfüllung in der Regel der Vertretungsberechtigte (Vater) oder der Ehemann vorzunehmen. Dies gilt auch dann, wenn kein eigenes Vermögen oder Einkommen der Minderjährigen oder Ehefrauen vorhanden ist. Sämtliche das Vermögen verkörpernde Urkunden (z. B. Wertpapiere), sich auf das Vermögen beziehende oder sonstige vermögensrechtliche Fragen regelnde Urkunden (z. B. Verträge und Beweismaterial) sind, soweit greifbar, beizufügen.



Vermögenserklärung

Vornamen (Rufname unterstreichen) und Zuname (bei Ehefrauen auch Mädchenname):

Moritz Israel Levi

Beruf: Bankier Jude? ja

Letzte Beschäftigung (Firma, Gehalt, Lohn): Gemeinde Ostheim

Akkordlohn etwa 20 RM wöchentlich

Wohnung (Stadt, Stadtteil, Straße und Hausnummer, seit wann?)

Ostheim Kr. Hanau Kirchstr. 23

seit 31. August 1920

Name, Anschrift und evtl. jüdische Rassezugehörigkeit des Hauseigentümers:

Selbst Hauseigentümer

Größe der Wohnung (Zimmerzahl und -art, WC, Warmwasser, Dampf- oder Warmwasserheizung,

Wohngeschoß, Fahrstuhl, Gartenbenutzung, Nebenräume wie Diele, Badezimmer, Mädchenkammer,

Boden usw. Genaue Angaben):

3 Zimmer, Küche, Boden + Keller, Stall + Haus

Höhe der monatlichen oder vierteljährlichen usw. Miete (Mietvertrag beifügen): Keine

Sind Sie Untermieter? (Dann auch Name, Anschrift und evtl. jüdische Rassezugehörigkeit des Untervergebenen): nein

Q2

252

Heimeinkaufvertrag

Zwischen der
Jüdischen Kultusvereinigung
Bezirksstelle
und der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
Herrn / Frau / Fräulein / den Eheleuten

gesetzlich vertreten durch

wird folgender Heimeinkaufvertrag geschlossen.

1.
a) Herr / Frau / Fräulein / Die Eheleute

erkennt / erkennen folgendes an:

Die Jüdischen Alters- und Siechenheime haben eine große Zahl von Insassen, deren Unterhalt ganz oder teilweise aus jüdischen Wohlfahrtsmitteln bestritten wird. Es liegt im Zuge der Entwicklung, daß ihr Anteil an der Gesamtzahl der Heiminsassen steigt. Um zu ermöglichen, daß auch künftig Minderbemittelte und Hilfsbedürftige in den Heimen verbleiben bzw. in sie aufgenommen werden können, ist es Pflicht aller derjenigen Heiminsassen, die noch über hinreichende Mittel verfügen, durch ihre Pflegegelder nicht nur die Kosten ihres eigenen Heimaufenthalts zu decken, sondern darüber hinaus zu dem Unterhalt ihrer bedürftigen Mitinsassen beizutragen.

b) Herr / Frau / Fräulein / Die Eheleute

kauft / kaufen sich vom ab in das Heim mit einem
Betrag von RM (in Worten) RM) ein.

2.
a) Der Einkaufsbetrag wird wie folgt bezahlt:

b) Der Einkaufsbetrag wird aus eigenen Mitteln gezahlt.
Der Einkaufsbetrag wird von dritter Seite, nämlich von Herrn / Frau / Fräulein
gezahlt. Durch Mitunterzeichnung dieses Vertrags erkennt Herr / Frau / Fräulein
seine Bestimmungen, insbesondere auch Ziffer 7, als verbindlich an.

8.
a) In das Heim werden Möbel, Betten und Hauswäsche, die im Eigentum von Herrn / Frau /
Fräulein / der Eheleute
stehen, gemäß dem beigefügten Verzeichnis eingebracht.

b) Diese Sachen gehen mit der Einbringung in das Eigentum der Reichsvereinigung der Juden in
Deutschland über. Sie werden dem / den Insassen leihweise zum Gebrauch überlassen.

4.
a) Die Reichsvereinigung verpflichtet sich, dem / den Insassen auf Lebenszeit Heimunterkunft
und Verpflegung zu gewähren, die Wäsche waschen zu lassen, ihn / sie erforderlichenfalls
ärztlich und mit Arzneimitteln zu betreuen und für notwendigen Krankenhausaufenthalt zu
sorgen.
b) Die Reichsvereinigung behält sich das Recht der Unterbringung in einem anderen Heim vor.
c) Aus einer Veränderung der gegenwärtigen Unterbringungsform kann der Insasse / können die
Insassen keine Ansprüche herleiten.

5.
Bei Eintritt einer körperlichen oder geistigen Erkrankung des / der Insassen sowie eines sonstigen
Zustandes, der das dauernde Verbleiben in dem Heim ausschließt und seine / ihre Unterbringung
in einem Siechen- oder Sonderheim oder in einer Pflegestelle geboten erscheinen läßt, ist die
Reichsvereinigung berechtigt, die entsprechende Maßnahme zu treffen.

6.
Die Reichsvereinigung ist berechtigt, den Einkaufsvertrag aus wichtigen Gründen zu kündigen.
Als solche gelten insbesondere:

a) wiederholter grober Verstoß gegen die Hausordnung trotz schriftlicher Abmahnung.
b) eine Weigerung des / der Insassen, sich der Bestimmung des Aufenthalts in einem anderen
Heim der Reichsvereinigung zu fügen.

7.
a) Der Einkaufsbetrag geht mit der Leistung in das Eigentum der Reichsvereinigung über.
b) Beim Tode des / der Insassen oder bei vorzeitiger Auflösung des Vertrags besteht keinerlei
Rechtsanspruch auf Rückzahlung dieses Betrags.
c) Auf die in das Eigentum der Reichsvereinigung übergegangenen Möbel, Betten und Haus-
wäsche findet vorstehender Absatz sinngemäß Anwendung.

8.
Die Urkundensteuer dieses Vertrags trägt / tragen Herr / Frau / Fräulein / die Eheleute

den 194

Jüdische Kultusvereinigung
Bezirksstelle
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.

Heimeinkaufvertrag
(entnommen aus Drummer,
ling, 2004, S. 296-7.)

Zwil-

8. Legalisierter Raub

Datum: _____

Name: _____

Q3

Dem Oberfinanzpräsident
- Devisenstelle Ü -

Frankfurt a.M., 19. 11. 1941
Goethestrasse 9

Akt.Zch.: 2926-9070

Vfg. *29. 11. 1941*

(Auf Grund der Gestapo-Liste evakuierter Juden)

1) Schreiben an die *Deutsche Bank, Filiale Frankfurt am Main*

Betr.: Vermögen von nach dem Osten evakuierten Juden.
JS-Anordnung *29. 11. 1941* vom *17. 1. 40*:

Ich mache darauf aufmerksam, daß das Vermögen nachgenannter Personen zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen ist. Damit ist jede Verfügung über sämtliche Vermögenswerte dieser Personen unzulässig, sofern sie nicht durch das für die Einziehung im Bezirk Groß-Frankfurt zuständige Finanzamt Frankfurt a.M.-Außenbezirk erfolgt. Zur Vermeidung unnötiger Arbeiten ist vorläufig von allen Anträgen und Anfragen abzu- sehen, soweit diese nicht wirklich unaufschiebbare Angelegenheiten betreffen.

*Heinrich Sr. Schafranek + Ehefrau
Olga Sara Schafranek
Heerbachstr. 10.*

2) Evakuierung auf Mappe vermerken.
3) In Judenkartei eintragen.
4) Karteivermerk (Registratur).
5) ~~von sofort~~ *(21. 11. 41) Ein Verfügungsumsetzung ist notwendig.
Oden manglagan.* I.A.

Formblatt 1073

Verfügung über die Vermögenseinziehung der Eheleute Heinrich und Olga Schafranek, Devisenstelle Ü Frankfurt am Main 19. November 1941, Papier, Wiesbaden, Hessisches Hauptstaatsarchiv (Abt. 519/3, 7367, Bl. 12). (Entnommen aus Drummer, Zwilling, 2004, S. 183.)

I. Was geschah mit dem Eigentum der Verfolgten?

Möbel, Kleidung, Hausrat und Wertgegenstände von Deportierten wurden in Frankfurt häufig in der Turnhalle der Klingerschule durch Gerichtsvollzieher versteigert.

Q1



**Klingerschule,
Hermesweg 10,
Frankfurt am
Main um 1900**

(Entnommen aus
Drummer, Zwilling,
2004, S. 426.)

Q2

Versteigerungen

Berichtigung! Die für Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, angesetzten Versteigerungen finden Vilbeler Straße 26 statt. Kroll, OGV.

Versteigerung. Am Donnerstag und Freitag, dem 11. und 12. Dezember 1941, versteigere ich freiwillig, z. T. aus nichtarischem Besitz, in meinen Geschäftsräumen, Fahrgasse 118, folgende gut erhaltene Gegenstände: 4 Herrenzimmer in Eiche in verschiedenen Größen, 1 Schlafzimmer in Birke mit Frisiertoilette und Waschtisch, 3 Schlafzimmer in Eiche und Nußbaum, 1 Speisezimmer in Eiche mit 6 Stühlen, 2 Sesseln und Standuhr, 4 Speisezimmer in Eiche, 1 Speisezimmer in Nußbaum, 1 mod. Vitrine, 5 Schreibtische, 2 3türige Schränke, Polstermöbel: 1 Lederklubgarnitur, 2 Kautschudivane, 3 Ledersessel, 1 Sofa, 2 Sessel und 4 Stühle, modern, Polstersessel, Chaiselongue u. -decken, Robbhaar-, Kapok- und Wellmatratzen, Schonendecken, Steppdecken, Federzeug, Tisch, Bett- u. Leibwäsche, Kleider, Schuhe, deutsche Teppiche und Brücken, Vorlagen, Läuter, EB- und Kaffeeservice, Schreibtischgarnituren, 1 großer Posten schöne Kristallschalen, Teller, Vasen und Gläser, Aufsteilsachen und Porzellan, Bronzen, Haus- und Küchengeräte; Einzeilmöbel: 1- u. 2türige Schränke, Waschtische, Nachtschränke, Metall- und Holzbetten, Nähmaschinen, Standuhr, Näh- und Rauchtische, kompl. Küchen- u. Einzelschränke, Tür, Spiegelschrank, Truhen, Staubsauger, Zugfische, Schränkkofter, Koffer, Fluggarde-

**Ein alltägliches Bild:
Versteigerungsanzeige
in der „Frankfurter Zeitung“ 1941**

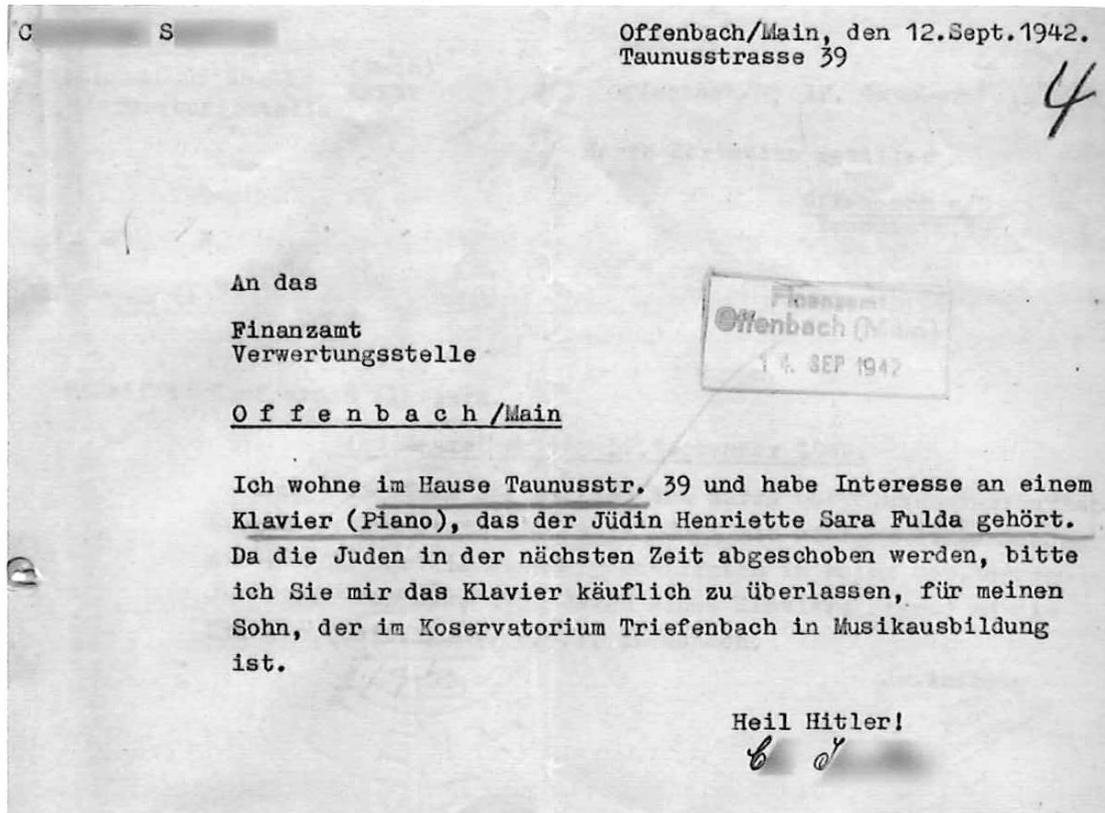
(Entnommen aus Legalisierter Raub 2008, S. 63.)

Arbeitsaufträge:

1. Erkläre, weshalb viele Versteigerungen in Frankfurt in der Turnhalle einer Schule stattfanden. (Q1, Q2)
2. Mit welchem Begriff wird in der Versteigerungsanzeige umschrieben, dass Eigentum von Deportierten versteigert wurde? (Q2)
3. Setze den Versteigerungstermin in Beziehung zu den Deportationsterminen. (Q2 und die Tabelle M2 auf Arbeitsblatt 1. Deportationen)
4. Trugen Käufer und Käuferinnen von enteignetem Hausrat Verantwortung für die Verschleppung und Ermordung der Verfolgten? Sammelt Argumente dafür und dagegen und diskutiert sie.
5. Nach 1945 behaupteten viele Menschen, nichts von den NS-Verbrechen gewusst zu haben. Diskutiert diese Behauptung.

II. Was geschah mit dem Eigentum der Verfolgten?

Q1



Schreiben an das Finanzamt Offenbach, mit dem sich ein/e Interessent*in um den Besitz einer Jüdin bewarb. (Entnommen aus Legalisierter Raub, 2008, S. 62.)

Arbeitsaufträge :

1. Beschreibe, wie das Verhältnis zwischen dem/der Verfasser*in des Briefs und Frau Fulda möglicherweise war?
2. Nenne die von dem*der Verfasser*in des Briefs angeführten Argumente für den Erwerb des Klaviers. Schreibe dazu einen Kommentar aus heutiger Sicht.
3. Wenn die Familie das Klavier von Frau Fulda nun am Ende gekauft hat, ist sie dann mitverantwortlich für die Verschleppung von Frau Fulda und anderen Verfolgten? Diskutiert.

Quellenangaben zu den Unterrichtsmaterialien „Die Deportationen aus Frankfurt 1941-1945“

1. Deportationen

M1 Politische Karte

M2 Tabelle, vgl. Monica Kingreen: „Gewaltsam verschleppt aus Frankfurt, die Deportationen der Juden in den Jahren 1941-1945“, in: Kingreen (Hrsg.): *„Nach der Kristallnacht.“ Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1928-1945*, Frankfurt 1999, S. 389.

2. Beteiligte

Grundlage des Autorentextes: Volker Eichler: „Das ‚Judenreferat‘ der Frankfurter Gestapo“, in: Kingreen (Hrsg.): *„Nach der Kristallnacht.“ Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1928-1945*, Frankfurt 1999, S. 244.

3. Umfeld

Q1 Verladen von Lebensmitteln an der Großmarkthalle in Linie G („Gemüsetram“), Fotografie, Frankfurt am Main 1943, Reproduktion, Frankfurt am Main, Institut für Stadtgeschichte (S7A/1998/14.190). Entnommen aus Heike Drummer, Jutta Zwilling: *„Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt...“*. *Deportationen aus Frankfurt am Main 1941-1945*, Frankfurt 2004, S. 122.

Q2 Marktdirektor mit Parteifunktionär vor der Großmarkthalle, im Hintergrund die Linie „G“ (Gemüsetram), Fotografie, Frankfurt am Main 1943, Reproduktion, Frankfurt am Main, Institut für Stadtgeschichte (S7A/1998/14192). Entnommen aus Heike Drummer, Jutta Zwilling: *„Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt...“*. *Deportationen aus Frankfurt am Main 1941-1945*, Frankfurt 2004, S. 123.

Q3 Sekretärin an der Großmarkthalle, ohne Datum. Zitiert nach Heike Drummer, Jutta Zwilling: *„Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt...“*. *Deportationen aus Frankfurt am Main 1941-1945*, Frankfurt 2004, S. 122.

Q4 Ausschnitt aus einem Brief von Alfons Paquet an eine Freundin Hanna Meuter, Frankfurt am Main 20. Oktober 1941, Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg/Nachl. A. Paquet (II) A8III (Hanna Meuter). Zitiert nach Heike Drummer: „... bis sie dann alle gesammelt in den Keller der Markthalle kamen.“ Zeugnisse, Zeuginnen und Zeugen der Deportationen aus Frankfurt am Main, in: Raphael Gross, Felix Semmelroth (Hrsg.): *Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle. Die Deportation der Juden 1941-1945*, München 2016, S. 110.

Q5 Zitiert nach ‚Heft der Staatspolizeistelle Frankfurt (Main), Befehle und Nachrichten‘ vom 9. Juni 1942, in: Raphael Gross, Felix Semmelroth (Hrsg.): *Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle. Die Deportation der Juden 1941-1945*, München 2016, S. 168.

Q6 Bürgermeister Joseph Kremmer, 2. Juli 1942, zitiert nach Heike Drummer, Jutta Zwilling: „*Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt...*“. *Deportationen aus Frankfurt am Main 1941 bis 1945*, Frankfurt 2004, S. 113.

4. Rückblick eines Täters

Zitat im Autorentext: Alfons Maria Arns und Raphael Gross: „Das Organigramm des Frankfurter Gestapo-Beamten Heinrich Baab – Die Deportation der Juden aus NS-Täter-Perspektive“, in: Raphael Gross, Felix Semmelroth (Hrsg.): *Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle. Die Deportation der Juden 1941-1945*, München 2016, S. 195.

T1 Die Großmarkthalle als Gestapo-Sammellager. Monica Kingreen: „Die Großmarkthalle und die gewaltsame Verschleppung der jüdischen Bevölkerung Frankfurts und des Regierungsbezirks Wiesbaden ab 1941 bis 1945“, in: Raphael Gross, Felix Semmelroth (Hrsg.): *Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle. Die Deportation der Juden 1941-1945*, München 2016, S. 157.

Q1 Deportationsplan Großmarkthalle, gezeichnet von Heinrich Baab, Butzbach 10. Juli 1966. Entnommen aus Alfons Maria Arns und Raphael Gross: „Das Organigramm des Frankfurter Gestapo-Beamten Heinrich Baab – Die Deportation der Juden aus NS-Täter-Perspektive“, in: Raphael Gross, Felix Semmelroth (Hrsg.): *Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle. Die Deportation der Juden 1941-1945*, München 2016, S. 201.

5. Rückblick von Mitverantwortlichen

Q1 Zitiert nach Renate Hebauf 2010: Gaußstraße 14. Ein „Ghettohaus“ in Frankfurt am Main, S. 110.

Q2 Quelle entnommen aus einem dienstlichen Bericht von 1947. Zitiert nach Monica Kingreen: „Die Großmarkthalle und die gewaltsame Verschleppung der jüdischen Bevölkerung Frankfurts und des Regierungsbezirks Wiesbaden ab 1941 bis 1945“, in: Raphael Gross, Felix Semmelroth (Hrsg.): *Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle. Die Deportation der Juden 1941-1945*, München 2016, S. 168.

Q3 Quelle entnommen aus: Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden (Hrsg.): *Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933-1945*, Frankfurt am Main 1963, S. 511.

6. Strafrechtliche Verfolgung

Grundlage des Autorentextes: Monica Kingreen: „Die Großmarkthalle und die gewaltsame Verschleppung der jüdischen Bevölkerung Frankfurts und des Regierungsbezirks Wiesbaden ab 1941 bis 1945“, in: Raphael Gross, Felix Semmelroth (Hrsg.): *Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle. Die Deportation der Juden 1941-1945*, München 2016, S. 185ff.

7. Ausplünderung

Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen: *Legalisierter Raub: Der Fiskus und die Ausplünderung der Juden in Hessen 1933-1945*, Darmstadt, 2008, S. 15-17, gekürzt und bearbeitet.

8. Legalisierter Raub

Q1 Vermögenserklärung von Moritz Levi, Sammlung Monica Kingreen.

Q2 Heimeinkaufvertrag, Reproduktion, Berlin, Bundesarchiv (BA R 8150/480/4,Bl. 252), zitiert nach Heike Drummer, Jutta Zwilling: „*Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt...*“. *Deportationen aus Frankfurt am Main 1941-1945*, Frankfurt 2004, S. 296-7.

Q3 Verfügung über die Vermögenseinziehung der Eheleute Heinrich und Olga Schafranek, Devisenstelle Ü Frankfurt am Main 19. November 1941, Papier, Wiesbaden, Hessisches Hauptstaatsarchiv Abt. 519/3, 7367, Bl. 12, zitiert nach Heike Drummer, Jutta Zwilling: „*Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt...*“. *Deportationen aus Frankfurt am Main 1941-1945*, Frankfurt 2004, S. 183.

Grundlage für den Autorentext zu Q3: Monica Kingreen (Hrsg.): „*Nach der Kristallnacht.*“ *Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1928-1945*, Frankfurt 1999, S. 376.

9. Profiteure I

Q1 Klingerschule, Hermesweg 10, Fotografie, Frankfurt am Main um 1900, Reproduktion, Frankfurt am Main, Institut für Stadtgeschichte (S7A/1998/19.309), entnommen aus Heike Drummer, Jutta Zwilling: „*Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt...*“. *Deportationen aus Frankfurt am Main 1941-1945*, Frankfurt 2004, S. 426.

Q2 Ein alltägliches Bild: Versteigerungsanzeige in der „Frankfurter Zeitung“ 1941, entnommen aus Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen: *Legalisierter Raub: Der Fiskus und die Ausplünderung der Juden in Hessen 1933-1945*, Darmstadt 2008, S. 63.

10. Profiteure II

Q1 und **Q2** Schreiben an Finanzämter, mit denen sich Interessent*innen um den Besitz von Juden bewarben. Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen: *Legalisierter Raub: der Fiskus und die Ausplünderung der Juden in Hessen 1933-1945*, Darmstadt 2008, S. 62.